

Denkschrift



„Die Not der preussischen Ostprovinzen“

herausgegeben von den Landeshauptleuten der Provinzen
Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern,
Brandenburg, Niederschlesien und Oberschlesien.

Die preußischen Ostprovinzen
Einst und Jetzt.

Anlage 1 zu Seite 5.

Ginst



Beht





Im Januar 1930.

In einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis und größter finanzieller Not von Reich, Staat und Wirtschaft überreichen die Landeshauptleute der sechs östlichen preussischen Provinzen,

der Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Niederschlesien und Oberschlesien,

diese Denkschrift

dem Herrn Reichspräsidenten,
der Reichs- und Staatsregierung,
dem Reichstag und Preussischen Landtag,

mit der dringenden Bitte um Hilfe für den deutschen Osten. Wenn die Landeshauptleute als die von ihren Provinziallandtagen gewählten Vertreter der Bevölkerung in der Ostmark sich zu diesem gemeinsamen Schritt entschlossen haben, nachdem von ihnen in zahlreichen Eingaben während der letzten Jahre auf die besonderen Nöte der einzelnen Provinzen hingewiesen wurde, so geschieht dies aus dem Grunde, weil die Landeshauptleute in der gegenwärtigen Lage, in der sich die ihnen anvertrauten Provinzen befinden, ein längeres Schweigen mit ihrer Amtspflicht und ihrem Gewissen nicht mehr verantworten zu können glauben. Mit warmer Anteilnahme haben die Ostprovinzen die Kunde vernommen, daß der seit Jahren unter dem schweren Druck fremder Besatzung leidende Westen nunmehr zum Teil besatzungsfrei geworden ist, zum Teil noch in diesem Jahre besatzungsfrei werden soll. Sie sind sich mit der Bevölkerung ihrer Provinzen der engen Schicksalsverbundenheit des deutschen Ostens und des deutschen Westens bewußt. Aber gerade diese Schicksalsverbundenheit legt die Verpflichtung auf zu fordern, daß nunmehr anders und nachdrücklicher als bisher wirtschaftliche, soziale, kulturelle und auch politische Fürsorge dem deutschen Osten zuteil werde.

In Dankbarkeit sei der Maßnahmen von Reich und Staat gedacht, die bisher für Deutschlands Osten erfolgt sind. Wer aber tagtäglich genötigt ist, sich von Amts wegen mit den Verhältnissen des deutschen Ostens zu befassen, muß

offen erklären, daß die gewährte Hilfe, so dankenswert sie auch gewesen ist, zur Behebung auch nur der dringendsten Notstände nicht ausreicht und an dem Kern der Dinge vielfach vorbeigegangen ist. Dies gilt sowohl für die bisher getroffene Agrarhilfe wie auch für die sonstigen Maßnahmen. Es ist deshalb auch Pflicht, auszusprechen und durch diese Denkschrift wiederum zu beweisen, daß die tiefste Ursache der Not des deutschen Ostens darin zu suchen ist, daß ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Verbundenheit blühende Provinzen und Provinzteile vom Mutterlande losgerissen und einem fremden Staat zugeschlagen worden sind.

Der deutsche Osten hat bisher sein schweres, ihm durch die außenpolitische Gestaltung auferzwungenes Los opfervoll getragen. Lastete auf Deutschlands Westen bisher eine sichtbare Besatzung, so auf dem deutschen Osten die unsichtbare Besatzung schwerster Wirtschaftsnot, die die Bewohner dieser Landesteile im Ringen für das gemeinsame Wohl zermürbt, eine dem Staatsganzen abträgliche Resignation und damit nicht zu unterschätzende Gefahrenmomente schafft.

Möge die vorliegende Denkschrift die Reichsregierung und die Preussische Staatsregierung, die Abgeordneten des Reichs und Preußens, darüber hinaus die gesamte deutsche Öffentlichkeit zu der gemeinsamen Überzeugung und dem gemeinsamen Wollen bringen, dem deutschen Osten diejenige Beachtung und Hilfe zuteil werden zu lassen, die eine Reorganisation der deutschen Ostgebiete zum Wohle des gesamten deutschen Volkes auf die Dauer gewährleisten.

Der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen
Dr. Blunt

Der Landeshauptmann der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen
Dr. Caspari

Der Landeshauptmann der Provinz Pommern
von Zikewitz

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg
von Winterfeldt-Mentlin

Der Landeshauptmann der Provinz Niederschlesien
Dr. von Thaer

Der Landeshauptmann der Provinz Oberschlesien
Dr. Piontel.

Inhaltsübersicht.



	Seite
A. Die allgemeine Wirtschaftslage der Ostprovinzen.	
I. Unmittelbare Grenzziehungsschäden	5
a) Menschen- und Gebietsverluste	5
b) Wirtschaftsverluste	6
c) Zertrümmerung der Grenzen	6
d) Grenzpolitische Auswirkungen	7
II. Mittelbare Grenzziehungsschäden	8
a) Wirtschaftliche Abdrofflung	8
1. Errichtung von Zollschranken	11
2. Eigenwirtschaftliche Machtbestrebungen (Autarkie)	11
3. Frachtenpolitik	12
4. Verluste im Güterverkehr	12
5. Verluste im Schiffsverkehrsverkehr (Stettin; Gosen)	13
6. Isolierung der Ostprovinzen vom deutschen Wirtschaftszentrum	14
b) Der Faktor der Wirtschaftsförderung	14
1. Tarifpolitik der Reichsbahn	14
2. Kanalbaupolitik	14
III. Die Notlage der Landwirtschaft	15
1. Mangelnde Rentabilität	16
2. Wachsende Verschuldung	16
3. Gefährdung der deutschen Ernährungswirtschaft	16
B. Die Folgen der wirtschaftlichen Notlage.	
I. Volkseinkommen	17
a) Einkommensbesteuerung	18
b) Realsteuern	19
c) Umsatzsteuer	19
II. Volksvermögen	19
a) Vermögenssteuer	19
b) Steuerkraft	20
c) Spareinlagen	21
III. Arbeitsmarkt	21
a) Arbeitslosigkeit	21
b) Arbeitereinkommen	22
IV. Zahlungseinstellungen	22
a) Konkurse	22
b) Zwangsversteigerungen	23
V. Gesundheitsverhältnisse	23
a) Kindersterblichkeit	23
b) Tuberkulosesterblichkeit	23
VI. Bevölkerungsbewegung	23
Abwanderungsverluste	23

C. Die Lage der Kommunal финанzen.

I. Finanzpolitik und Kommunen	24
II. Härten des Finanzausgleichs für die Ostprovinzen	24
III. Mehrbelastung der Kommunen durch	
a) Flüchtlingsfürsorge	25
b) Wohnungsnot	25
c) Erwerbslosenfürsorge	25
d) Schullasten	26

D. Der Wert der Ostprovinzen an Wirtschafts- und Volkskraft.

I. Wirtschaftskraft	26
a) Landwirtschaftliche Produktion	26
b) Gewerbliche Produktion	26
c) Bodenschätze	27
II. Volkskraft	28
a) Bevölkerungsdichte	28
b) Geburtenhäufigkeit	28
c) Bevölkerungspolitische Bedeutung der Ostprovinzen	29

E. Forderungen	30
----------------------	----



Die Not der preußischen Ostprovinzen.



A. Die allgemeine Wirtschaftslage der Ostprovinzen.

Der verlorene Krieg hat dem deutschen Vaterlande im Osten die tiefsten Wunden geschlagen. Weite Gebietsteile — einst die Kornkammer Deutschlands — sind aus dem Bestande des Reichs herausgerissen, brutale Willkür hat Ostpreußen vom Mutterlande getrennt, die oberschlesische Industrie verstümmelt, Pommern und die Mark Brandenburg zu Grenzlanden gemacht und Polens Grenzen bis auf eine Entfernung von 164 km an die Tore der Reichshauptstadt Berlin herangerückt. Von dem geschlossenen Gebiet zwischen Ostsee und der tschechisch-polnischen Grenze, das von jeher alter deutscher Kulturbesitz war, ist heute nur ein zerstücktes Land übriggeblieben, in dessen Gauen Not und Sorge seit dem Kriege in jedem Haushalt wohnen. Denn die Folgen dieser Verluste an Gut und Blut haben die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den östlichen Provinzen so schwer erschüttert und das Land in einen so harten, sich ständig noch verschärfenden Existenzkampf geführt, daß heute alles darauf ankommen wird, die Gefahr einer Zertrümmerung des nationalen Besitzstandes im Osten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren. Stillgelegte Industrien, fehlende Verkehrswege und Kultureinrichtungen, wachsende Arbeitslosigkeit und damit eine dauernd zunehmende Abwanderung, Zusammenbrüche in allen Kreisen der Wirtschaft, schließlich die geradezu zur Verzweiflung treibende Krisis der Landwirtschaft — das ist das trostlose Bild von der Gesamtlage im deutschen Osten.

Welches sind die Ursachen dieses Notstandes? Man vergegenwärtige sich zunächst, welche Verluste an Menschen, an Land und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der deutsche Osten nach dem Kriege erlitten hat. Durch die Gebietsabtretungen auf Grund der Diktate von Versailles und Genf haben die preußischen Ostprovinzen*)

Anlage 1.

Unmittelbare
Grenzziehungs-
schäden.

eingebüßt an

Menschen = 4 375 000 = 26 v. H.

Gesamtfläche in ha = 5 100 000 = 25 v. H.

Die Provinzen Posen und Westpreußen sind von der Landkarte so gut wie verschwunden. Verblieben sind lediglich $\frac{1}{10}$ von der Gesamtfläche der alten Provinz Posen und ein knappes Drittel von Westpreußen, die in der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen und der Provinz Ostpreußen zusammengefaßt sind. Von Westpreußen und Posen sind allein abgetreten worden: 4,382 Millionen ha mit rund 3,242 Millionen Einwohnern. Ostpreußen**) hat rund 315 000 ha mit 166 000 Menschen, Nieder-

Menschen- und
Gebietsverluste.

*) Hierzu gehören die alten Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, Pommern und Brandenburg, und zwar sind hierbei wie für die folgenden Angaben die Zählungen von 1907 und 1910 sowie (für die Ernteerträge und den Viehbestand) die Zählungen von 1913 zu Grunde gelegt.

**) Die Zahlen für Ostpreußen beziehen sich auf die alte Provinz Ostpreußen. — Sämtliche Angaben über die Gebiets- und Bevölkerungsverluste sind dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ 1924/25, die über den Verlust an Industriewerten aus „Einige Zahlen über Oberschlesien“ und „Oberschlesien, das Land unterm Kreuz“ (Ratibor D.-S.), entnommen.

schlesien 51 000 ha mit 26 000 Menschen, verloren, Oberschlesien allein trifft ein Verlust von rund 350 000 ha mit 941 000 Menschen. Die Verluste erstrecken sich selbst bis hinein in die Mark Brandenburg. Damit sind zugleich schwere Einbrüche in die Wirtschaftskapazität der Ostprovinzen verbunden gewesen. So wurden verloren:

an landwirtschaftlich genutzter Fläche . . .	3 660 000 ha = 27 v. H.
„ landwirtschaftlichen Betrieben (Zahl) . . .	396 000
„ Ernteerträgen in Brotgetreide . . .	22 480 000 dz = 30 v. H.
„ „ „ Hackfrüchten . . .	131 822 000 dz = 31 v. H.
„ Viehbestand in Pferden . . .	555 000 St. = 28 v. H.
„ „ „ Rindvieh . . .	1 584 000 St. = 25 v. H.
„ „ „ Schweinen . . .	2 287 000 St. = 29 v. H.
„ gewerblichen Hauptbetrieben (Zahl) . . .	138 000
49,10 Milliarden Tonnen Steinkohlevorräte bei 1000 m Tiefe [8,67]*)	
9,0 Millionen Tonnen Zink- und Bleierz [11,0]*)	
53 Steinkohlenbergwerke [14]*)	
10 Zink- und Bleierzgruben [5 kleine Gruben]*)	
22 Hochofen [15]*)	
13 Eisen- und Stahlgießereien [12]*)	
9 Stahlwerke [3]*)	
9 Walzwerke [3]*)	



Zertrümmerung der Grenzen. Mit diesen riesenhaften Verlusten an Gebiet, Bevölkerung und Volksvermögen wird ebenso sehr die staatspolitische wie die wirtschaftspolitische Machtstellung Deutschlands im Osten betroffen. Denn die Zertrümmerung der alten Ostgrenzen hat der ostdeutschen Wirtschaft so schwere Schläge versetzt, daß ihr auf Jahrzehnte hinaus — treten nicht eben die geforderten Hilfsmaßnahmen sofort und in ausreichendem Umfange ein — jede Möglichkeit zu einer gesunden Fortentwicklung aus eigener Kraft genommen ist. Sind doch mit den abgetretenen Gebieten zugleich auch eine Fülle von wertvollsten Einrichtungen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Natur verloren gegangen. Dazu

*) Die Zahlen in [] geben die bei Deutschland verbliebenen Industriewerte an.

gehören in erster Linie die Verluste an wirtschaftlichen Gütern, Betrieben der Landwirtschaft, des Handwerks und der Industrie, an Verkehrsmitteln, Eisenbahnen, Kunststraßen und Binnenwasserstraßen, an Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung, Amtshäusern, Krankenanstalten und Anstalten der Wohlfahrts- und Kulturpflege. In dieser Beziehung ist die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen ganz besonders hart in Mitleidenenschaft gezogen worden, da sie durch den Verlust nahezu aller Verwaltungs- und Wohlfahrtseinrichtungen sowie Amtshäusern und Anstalten gezwungen ist, diese neu zu schaffen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Oberschlesien, wo ein in höchster Entwicklung stehendes Industriegebiet durch die neue Grenzziehung brutal zerschnitten worden ist. Das Versailler und das Genfer Diktat haben das feinmaschige Netz der Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen, das in jahrhundertlanger erfolgreicher Arbeit von kaufmännischem Unternehmungsgeist und kluger verwaltungspolitischer Einsicht gezogen worden ist, ohne jede wirtschaftliche und politische Rücksichtnahme mit einem Schlage zerrissen. Diese Eingriffe in die Struktur der Wirtschaft gehen so weit, daß von ihren Auswirkungen die Lebensbedingungen jeder einzelnen Provinz aufs tiefste in Mitleidenenschaft gezogen worden sind.

Das zeigt sich zunächst in grenzpolitischer Hinsicht. Die Neuordnung des Staatenwesens im Osten hat folgende Veränderung in den Grenzlinien der Ostprovinzen mit sich gebracht:

An Auslandsgrenzen haben aufzuweisen

Grenzpolitische
Auswirkungen.

die Provinzen	vor dem Kriege km	nach dem Kriege km
Ostpreußen	637,2	854,0
Grenzmark Posen-Westpreußen	.	421,4
Oberschlesien	965,7*)	553,4
Niederschlesien		595,4
Pommern	keine	198,2
Brandenburg	keine	29,9

Allein die Grenzen gegen Polen betragen heute insgesamt rund 1 700 km.

Weit auseinander gezogene Auslandsgrenzen in den Provinzen — mit einer Gesamtlänge von rund 2 650 km doppelt so lang wie die Eisenbahnstrecke Königsberg — Saarbrücken — kennzeichnen also die gegenwärtige grenzpolitische Lage der Ostmark.

Welches sind nunmehr die greifbaren wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Schädigungen dieser Grenzziehung in den einzelnen Provinzen? Diese äußern sich zunächst in der Zerreißung der Verkehrswege.

Es sind infolge der Grenzziehung zerschnitten worden in

	Ostpreußen	Grenzmark Posen- Westpreußen	Pommern	Nieder- schlesien	Ober- schlesien	Branden- burg
Eisenbahnlinien	12	13	4	8	31 **)	—
Kunststraßen	32	29	11	25	45	2
sonstige Landstraßen	122	214	84	127	162	13

*) Davon zwei Drittel gegenüber dem eng befreundeten Österreich.

**) Davon 15 Reichsbahnstrecken, 9 Schmalspurbahnstrecken und 7 Straßenbahnlinien.

Das Verkehrsnetz der sechs Ostprovinzen ist also durch die widersinnige Grenzziehung schwersten Schädigungen ausgesetzt worden, denn es sind nicht weniger als insgesamt

68 Eisenbahnlinien,
144 Kunststraßen,
722 sonstige Landstraßen

einfach durchschnitten worden.

Bei der in einem verhältnismäßig schmalen Gebietsstreifen längs der Grenze sich hinziehenden Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen machen sich die Folgen dieses Zustandes besonders deutlich bemerkbar. Dem West-Ost-Verkehr entsprechend laufen die vorhandenen Eisenbahnlinien und Straßen zur Grenze, um hier als „tote Strecken“ zu enden. Querverbindungen fehlen völlig, und so sind namentlich Grenzstädte zum allmählichen Absterben verurteilt. Unter der gleichen Lage leiden — um nur einige Beispiele anzuführen — Garnsee und Bischofswerder in der Provinz Ostpreußen, Schwiebus und Driesen in der Provinz Brandenburg, Neu-Mittelwalde in der Provinz Niederschlesien und die Städte Beuthen, Ratibor, Hindenburg und Groß-Strehlitz in Oberschlesien.

Die vorstehend aufgeführten unmittelbaren Verluste und Schäden bilden den einen Teil des dem deutschen Osten überhaupt erwachsenen Schadens. Sie sind vergleichbar dem abgetrennten Gliede eines lebenden Körpers und der blutenden Schnittwunde dieses Körpers. Nicht minder schwer sind die Rückwirkungen solcher Amputation auf den Gesamtkörper, seine Lebens- und Arbeitsfähigkeit. Es ist unmöglich, diese Rückwirkungen weniger zu beachten als die Erstwirkungen; denn sie gehen geradezu aus Leben der betroffenen Landesteile.

Mittelbare
Grenzziehungs-
schäden.

Diese Rückwirkungen bestehen in den riesigen Absatzverlusten aller Ostprovinzen infolge der wirtschaftlichen Abdrofflung durch die fremden Nachbarstaaten und durch die Wirtschaftsferne der Ostprovinzen vom Reichslande.

Das Bestreben der östlichen Randstaaten — wie auch der Tschechoslowakei — zielt ganz offenbar darauf ab, die deutschen Handelsinteressen keinesfalls zur Entfaltung kommen zu lassen, um die wirtschaftliche Machtstellung schneller für sich selbst auszunutzen und die alten Absatzgebiete an sich zu reißen. Diese wirtschaftliche Abdrofflung trifft in erster Linie die Ostprovinzen, die vor dem Kriege den größten Wirtschaftsverkehr nach jenen Gebieten unterhalten haben. Denn dem deutschen Osten sind nicht nur die Abtretungsgebiete*) verloren gegangen, sondern sein Handelsverkehr hat durch die autarkischen Bestrebungen der Nachbarländer auch die Absatzgebiete in den Nachfolgestaaten des alten Rußland und Österreich verloren.

Wirtschaftliche Ab-
drofflung.

Für die einzelnen Provinzen haben diese Verhältnisse verschieden starke Auswirkungen.

Ostpreußen, das mit 2/10 seiner Grenzen an das Ausland stößt, leidet unter der grenzpolitisch so stark gefährdeten Lage ganz besonders schwer. Die insulare Lage der Provinz bedeutet die Trennung vom bisher wirtschaftlich eng verbundenen Westpreußen und Posen und den Zwang, Absatzgebiete zu suchen, die mindestens um die Entfernung des „Korridors“ weiter liegen. Die dadurch bedingte jährliche Mehrbelastung an Frachten ist auf rund 19 Millionen Reichsmark zu veranschlagen. Wie stark hierdurch die Wettbewerbsfähigkeit ostpreußischer Produkte eingeschränkt wird, liegt auf der Hand.

*) Vgl. Seite 5/6 und 13/14.



Die Isolierung der Provinz Ostpreußen.



Die Grenzmark Posen-Westpreußen ist zu 19/20 reines Grenzgebiet, durchweg in etwa 30 bis 40 km Breite von der Reichsgrenze verlaufend; lediglich 1/20 des Provinzgebiets liegt außerhalb dieser Grenzzone. Nichts zeigt den Widersinn der in Versailles getroffenen „Regelung“ so deutlich, wie ein Blick auf die Karte dieser Ostprovinz, die einst zwei blühende Provinzen umfaßte. Die kleine Provinz, deren Verwaltungsbezirke noch dazu geographisch weit voneinander getrennt und als Enklaven sozusagen eingesprenzt zwischen Reichsgrenze und anderen Provinzteilen liegen, hat also den vollen Druck dieser wirtschaftlichen Abdrösselung auszuhalten.



Dieser Druck ist so stark, daß er selbst noch in den dahinter liegenden Gebietsteilen Brandenburgs wie namentlich Pommerns deutlich fühlbar wird. In ganz besonderem Maße gilt dies für das gleich einer Halbinsel weit vorgeschobene Ostpommern, das mit einer offenen Grenze von 196 km direkt an Polen grenzt und für die östlichen Kreise Brandenburgs, das auf eine Länge von 130 km nur 3 bis 35 km von der polnischen Grenze entfernt ist, und eine unmittelbare Grenzlage von 30 km gegen das Gebiet der Republik Polen hat.

Die Provinz Brandenburg nimmt innerhalb der 6 Ostprovinzen eine Sonderstellung insofern ein, als sie nicht nur die Grenzziehung und die hiermit geschaffene Grenzlage, sondern durch ihre wirtschaftliche Verflechtung mit der Reichshauptstadt vor besondere Aufgaben gestellt ist, deren Erfüllung ihre eigenen Kräfte weit übersteigt.^{*)}

Anlage 2.

^{*)} Zur näheren Information über diesen Fragenkomplex wird auf die von dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg an das Preussische Ministerium des Innern eingereichte Denkschrift „Die Provinz Brandenburg, insbesondere als Grenzgebiet“ verwiesen.

Auch hier ist die Landwirtschaft der Hauptträger der Verluste, die durch den Ausfall der allen Absatzgebiete in Westpreußen und Posen entstanden sind. Infolge der großen Entfernungen nach den heute noch allein verbliebenen Absatzmärkten in Mittel- und Westdeutschland scheiden die Erzeugnisse der pommerischen und ostbrandenburgischen Landwirtschaft nahezu aus dem Wettbewerb aus. So werden in Ostpommern beispielsweise Rinder mit 20 bis 25 v. H., Schweine mit etwa 16 *Rh* unter dem Berliner Börsenpreis bezahlt, in Oberschlesien betrug:

der Preis für Brotgetreide . . . 215,7 *Rh* je t gegen 220,0 *Rh*,

der Durchschnittspreis für Rindfleisch 81,7 *Rh* je Ztr. gegen 90,3 *Rh*

am mitteldeutschen Markt. *)

Lastet der Verlust der alten Absatzgebiete demnach mit besonderer Strenge auf den überwiegend agrarischen Provinzen des Ostens, so tritt für die Provinz Niederschlesien und Oberschlesien ein die Lage noch verschärfendes Moment insofern hinzu, als die hier bodenständige Industrie von jeher starke Wirtschaftsinteressen im Osten besessen hat, deren Betätigung jetzt nahezu ausgeschlossen ist. Landwirtschaft und Industrie sind hier also gleich hart von der Änderung der Marktverhältnisse betroffen, und zwar gilt dies nicht nur für den Verkehr mit dem alten Absatzgebiet in Posen und Westpreußen, sondern auch im ehemals so bedeutsamen Handel mit Ostpreußen, der sich durch die Frachtenferne und die Tarifpolitik der Eisenbahn ganz wesentlich gegen früher verringert hat, ein Zustand, der in Ostpreußen ebenso drückend wie in Nieder- und Oberschlesien empfunden wird. Oberschlesien hatte früher mit der Lieferung von Kohle und Eisen in Ostpreußen eine Monopolstellung. Ein Bild dafür, welche Absatzverluste im Großen die niederschlesische Industriezone erlitten hat, bietet die in der Anlage beigefügte Karte dreier deutscher Wirtschaftszentren.

Anlage 3.

Anlage 4.

Neben den geographisch bedingten Ursachen für die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse tragen vornehmlich zwei Faktoren zur Verschärfung der Lage bei: das System der Zollschranken und die Tarifpolitik der Nachbarländer. Die an der deutschen Ostgrenze liegenden Fremdstaaten haben nämlich hohe Zollschranken gegenüber Deutschland aufgerichtet, ganz im Gegensatz zu den an die westlichen Industriebezirke angrenzenden Staaten, die die absolut niedrigsten Zollsätze aufzuweisen haben. Die Wirkung dieser Zollmauern im Osten Deutschlands äußert sich am deutlichsten im Güterverkehr der Grenzdurchgangsstellen Deutschlands. **) Nach der Güterbewegungsstatistik war an den östlichen Grenzen — Danzig, Memelgebiet, Litauen, Westpolen und Tschechoslowakei — für die Zeit von 1924 bis 1927 der Ausgangsverkehr um 60 v. H. niedriger als der Eingangsverkehr. Für Gesamt-Deutschland liegen die Verhältnisse gerade umgekehrt: hier ist der Ausgangsverkehr sämtlicher Grenzdurchgangsstellen um 57 v. H. höher als der Eingangsverkehr. Diese beiden Tatsachen miteinander verglichen, zeigen mit größter Deutlichkeit, von welchen tiefgreifenden Auswirkungen die hohen Zollmauern an den östlichen Grenzen auf das Wirtschaftsleben dieser Provinzen sind.

Errichtung von Zollschranken.

In der gleichen Richtung wirkt die Eigenwirtschaft der Nachbarländer. Diese ist besonders deutlich wahrnehmbar in der Gestaltung der Frachten, die darauf abgestellt sind, eine bevorzugte Benutzung der eigenen Bahnlinien zu erreichen. So haben Polen und Litauen durch Zollerhöhung einerseits sowie durch Eisenbahnsondertarife andererseits es

Eigenwirtschaftliche Machtbestrebungen, (Autarkie).

*) Vergl. Statistische Korrespondenz. Jahrgang 55.

**) Zugrundegelegt sind Mengenangaben. Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich Jahrgang 1925—1929.

fertig gebracht, daß der früher umfangreiche Holzhandel beider Länder nach Königsberg nahezu aufgehoben ist und nunmehr statt auf dem billigen Wasserwege über die teuren Bahnlinien um ganz Ostpreußen herum bis nach Danzig und Gdingen geführt wird.

Frachtpolitik. Um einen Einblick in die Tarifpolitik der deutschen Reichsbahn und der polnischen Bahnverwaltung zu gewinnen, vergleiche man die Frachtsätze für die Strecke Ost-Oberschlesien nach Gdingen einerseits und von West-Oberschlesien nach Stettin andererseits. Bei dieser nahezu gleichen Strecke beträgt nämlich die Fracht*)

für 1000 kg	über polnische Bahn nach Gdingen von Poln.-Oberschl. RM	über deutsche Bahn nach Stettin von Deutsch-Oberschl. RM
Steinkohlen	3,39	9,20
Roheisen zur Ausfuhr über See	7,62	12,00
„ zum Ortsverbrauch	11,29	18,10
Stab- und Formeisen, Bleche zur Ausfuhr über See	7,80	11,90
desgl. zum Ortsverbrauch	18,33	28,70

Bei der Tschechoslowakei liegen die Dinge nicht viel anders: das niederschlesische Kohlengebiet exportierte früher 40 v. H. seiner Kohle nach Österreich, dagegen in seine Nachfolgestaaten heute nur 4 v. H.

Die Handels- und Verkehrspolitik der Nachbarstaaten schaltet also die deutsche Wirtschaft von jeden Absatzmöglichkeiten innerhalb der Grenzen ihres Landes aus, übernimmt aber darüber hinaus den Export nach dem Balkan und den anderen Südoststaaten. Berücksichtigt man, daß namentlich für Ostpreußen, Niederschlesien und die obererschlesische Montanindustrie das „Rußlandgeschäft“ vor dem Kriege eine außerordentlich große Rolle spielte, so wird ohne weiteres deutlich, welchen umfangreichen Schädigungen der Eigenhandel wie insbesondere der Transithandel der Ostprovinzen seitdem ausgeht.

An einigen zahlenmäßigen Beispielen sei nachgewiesen, welche Verluste im Güterverkehr die einzelnen Provinzen im Vergleich zur Vorkriegszeit erlitten haben.

Verluste im Güterverkehr. Der Verkehr Ostpreußens**) mit dem heutigen Korridorgebiet betrug 1913 rund 815 000 t = 26,6 v. H. des Gesamtverkehrs Ostpreußens mit dem Reich; heute ist dieser Verkehr auf 88 000 t = 2,9 v. H. zusammengeschrumpft. Der Verkehr mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zwischen Ostpreußen und den abgetretenen Gebieten sank von 220 000 t im Jahre 1913 auf nur 17 000 t im Jahre 1925. Besonders stark in Mitleidenschaft gezogen ist der Absatz von Vieh nach den jetzt verlorenen Gebieten, für den folgende Teilziffern angeführt seien:

	1913	1926	Verhältnis 1926 : 1913 (1913 = 100)
	Stück	Stück	
Pferde	17 480	1 965	12,4
Rühe	69 456	1 852	2,6
Schweine	80 358	1 116	1,4

*) Nach Angaben des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, Gleiwitz.

**) Nach dem Bericht des Enquête-Ausschusses „Die Lage der Landwirtschaft in Ostpreußen“ 1928.

Die Verluste im seewärtigen Waren- und Schiffsverkehr in Stettin*) werden durch nachstehende Übersichten veranschaulicht, wobei zugleich die Zahlen für die Konkurrenzhäfen Danzig und Gdingen zum Vergleich herangezogen worden sind. Verluste im Schiffsverkehrsverkehr.

1. Seewärtiger Warenverkehr in t:

im Jahre	Stettin	Danzig	Gdingen
1913	6 245 538	2 112 101	—
1927	4 035 589	7 897 613	414 005 (1926) 905 141
Zu- (+) oder Abnahme (—) gegenüber 1913 in v. H.	— 35,4	+ 273,9	+ 118,6 gegenüber 1926

Hafen Stettin.

2. Seewärtiger Schiffsverkehr:

im Jahre	Stettin		Danzig		Gdingen	
	Zahl der Schiffe	Netto-registertonnen	Zahl der Schiffe	Netto-registertonnen	Zahl der Schiffe	Netto-registertonnen
1913	12 126	5 429 829	5 765	1 861 691	—	—
1927	5 939	3 793 636	13 892	7 832 431	601	412 951 (1926) 817 322
Zu- (+) oder Abnahme (—) in v. H.	— 51,0	— 30,1	+ 141,0	+ 320,7	+ 77,7	+ 97,9 gegenüber 1926

Es ist dabei außerordentlich bezeichnend für die besonders geartete Lagerung der pommerschen Verkehrsverhältnisse, daß diese erhebliche Abnahme des Stettiner Schiffsverkehrs — die in der Hauptsache Danzig und Gdingen, aber auch Hamburg zugute gekommen ist — dennoch eingetreten ist, obwohl, wie aus der beigefügten Karte „Das Hinterland Stettins nach Tarifkilometern“ deutlich hervorgeht, die frachttarifsmäßige Lage Stettins als günstig angesehen werden muß.

Oberschlesien war vor dem Kriege an dem Eisenbahngüterverkehr des deutschen Reiches mit

53 Millionen Tonnen = 13 v. H.

gegen gegenwärtig mit nur 29,4 Millionen Tonnen = 6,8 v. H. beteiligt. Auch im Schiff- Oderhafen Cosel.
fahrtsverkehr**) weist Oberschlesien einen starken Rückgang auf. Dieser wirkte sich von allen deutschen Binnenhäfen bei dem ober-schlesischen Oderhafen Cosel am stärksten aus und zwar beläuft sich die Abnahme von 1928 gegenüber 1927 auf

1,2 Millionen Tonnen = 36 v. H.

Sind die angeführten Beispiele nur Streiflichter für die Beurteilung der eingetretenen Änderungen in den Verkehrsbeziehungen, so gibt die Anlage 4 eine Gesamtdarstellung des Güterverkehrs auf der Eisenbahn in den Ostprovinzen vor und nach dem Kriege.

Das Bild zeigt deutlich die tiefen Einbrüche fremder Interessen in die Wirtschafts- und Verkehrszentren der Ostprovinzen: Verlust

*) Nach Angaben der Industrie- und Handelskammer Stettin.

**) Aus „Wirtschaft und Statistik“ 1929. Heft 12.

Iso-
lierung der
Ostprovinzen
vom deutschen
Wirtschaftszentrum.

der alten ehemals deutschen Absatzgebiete, Zerreißung des Verkehrsnetzes, scharfe Unterbindung ganzer Absatzrichtungen, in deren Mittelpunkt die stark vorgeschrittene Isolierung Ostpreußens, der Grenzmark Posen-Westpreußen und Ostpommerns erkennbar wird, Einengung des Auslandsabzuges, Abdrängung des niederschlesischen und insbesondere ober-schlesischen Wirtschaftszentrums von seinen bisherigen Absatzgebieten, — alles das charakterisiert ein-dringlich den Abstieg, den die Wirtschaft der Ostprovinzen seit 1919 genommen hat. Die bisherigen Ausführungen über die tiefgreifenden Änderungen in der wirtschaftlichen Struktur der östlichen Provinzen finden damit eine greifbare Bestätigung.

Zugleich ergibt sich daraus mit zwingender Deutlichkeit, von welchem geradezu erdrückenden Einfluß der Faktor Wirtschaftsferne auf die Gestaltung der Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse im Osten geworden ist. Bildeten die östlichen Provinzen in Friedenszeiten ein eigenes, wohl organisiertes Wirtschaftsgebiet, so ist mit der Zerschlagung der alten Ostgrenzen dieser Organismus bis in seine Grundfesten erschüttert worden und nicht mehr imstande, die so geschaffene natürliche Wirtschaftsferne vom Herzen des Reichs aus eigener Kraft zu überwinden. Dazu tritt noch die künstliche Wirtschaftsferne, wie sie in der bereits geschilderten, den östlichen Wirtschaftsinteressen nicht genügend berück-sichtigenden Frachtenpolitik der deutschen Reichsbahn, den Handels- und Zollschranken sowie der Tarifpolitik der Fremdstaaten, nicht zuletzt auch in der Vernachlässigung des Ostens beim Ausbau seines Verkehrsnetzes, ursächlich begründet ist.

Tarifpolitik der
Reichsbahn.

Die neuen Staffeltarife sind für Massengüter — landwirtschaftliche wie industrielle — wesentlich ungünstiger. So ist der Anteil des deutschen Ostens am Eisenbahngüter-verkehr des Reichs (Ein- und Ausladungen aus Inland- und Auslandsverkehr, ohne Durchfuhr, ohne Vieh) zurückgegangen, nämlich von

1924	1925	1926	1927
19,4 v. H.	16,1 v. H.	16,5 v. H.	15,8 v. H.

Dem gegenüber beträgt der Anteil des deutschen Ostens an der Wohnbevölkerung des Reichs 19,80 v. H. und an der Zahl der Erwerbstätigen im Reich 19,30 v. H. Anderer-seits hat sich der Anteil der Ruhrkohle am Kohlenempfang jener Verbrauchsgebiete, die früher Domäne der schlesischen Kohle waren, wesentlich gesteigert. So betrugen die Stein-kohlenlieferungen nach Groß-Berlin

Im Jahre	von Oberschlesien	von der Ruhr
1900	61,3 v. H.	10,6 v. H.
1925	50,4 „ „	24,5 „ „
1928	45,5 „ „	39,6 „ „

Kanalbaupolitik.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die Verkehrsnot der Ostprovinzen auch noch dadurch erheblich gesteigert werden, daß es ihnen an leistungs-fähigen Wasserstraßen fehlt. Beispielsweise hat Oberschlesien ähnlich wie Nieder-schlesien bis zur Wasserstraße das Siebenfache an Vorfracht gegenüber dem Westen zu tragen. Wie stark Nieder- und Oberschlesien in dieser Hinsicht den westlichen Gebieten unterlegen sind, läßt sich daraus ermes-sen, daß die Ober nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre *) nur 199 Schifffahrtstage mit voller Ausnutzung der Ladefähigkeit hatte gegen 279 bei der Elbe, 296 bei der Donau und 318 beim Rhein. Das bedeutet

*) Vgl. „Oberschlesien, das Land unterm Kreuz“, herausgegeben vom Oberschlesischen Verkehrs-verband, Ratibor O.S.

praktisch, daß z. B. im Herbst 1928 nicht weniger als 900 Frachtkähne infolge Wassermangels festlagen und damit wertvoller Laderaum der Wirtschaft verloren gegangen ist; denn der Alodnikanal mit einem Fassungsvermögen lediglich für Kähne bis zu 135 t spielt jetzt für den oberschlesischen Verkehr nur eine bedeutungslose Rolle. Der Ausbau des Oder-Schiffahrtsweges ist deshalb — und weil der neue Mittellandkanal die Industrie der Provinzen Nieder- und Oberschlesien zu Gunsten der westlichen Wirtschaft von ihren bisherigen Absatzgebieten in Mitteldeutschland noch mehr abdrängen droht, — geradezu eine Lebensnotwendigkeit, und zwar ebenso sehr für die Wirtschaft der beiden schlesischen Provinzen wie für Stettin und damit für ganz Pommern, aber auch für die Provinz Brandenburg.*)

Auch Ostpreußen ist nicht frei von Sorgen auf dem Gebiet der Wasserstraßenpolitik. Die Vollendung des seit Jahren halbfertig dastehenden Masurischen Kanals sowie der Ausbau des Oberlandkanals sind Forderungen, die im Interesse einer Belebung der ostpreussischen Wirtschaft, namentlich im verkehrsarmen Süden der Provinz, unbedingt erfüllt werden müssen.

Die Veränderung im Güterverkehr auf den östlichen Binnenwasserstraßen zeigt die Bewegung der Ein- und Ausladungen 1927 im Verhältnis zu 1925 **)

Deutsches Reich	+ 26,9 v. H.
Ostpreussische Wasserstraßen	+ 14,7 "
Odergebiet	+ 8,9 "
Märkische Wasserstraßen	+ 39,9 "
Elbegebiet	+ 32,6 "
Ems—Weser-Gebiet	+ 38,5 "
Rheingebiet	+ 22,5 "
Donaugebiet	+ 50,4 "

Hiernach stehen vor allem das Odergebiet und auch die ostpreussischen Wasserstraßen wesentlich hinter den anderen Gebieten und hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Zieht man die Zahlen von 1928 zum Vergleich heran, so sinkt das Odergebiet sogar auf — 4,0 v. H.

Dieser künstlichen wie auch der natürlichen Wirtschaftsferne, unter der Niederschlesien, Ostpommern, die Grenzmark Posen-Westpreußen und Ostbrandenburg, namentlich aber Ostpreußen und Oberschlesien zu leiden haben, wird man mit Erfolg nur entgegenwirken können, wenn es gelingt, eine verkürzte, allgemeine Frachtbasis für den deutschen Osten zu schaffen, die die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft sicher stellt und zugleich neue Absatzgebiete erschließen hilft.

Diese Forderung wird von allen Kreisen der Wirtschaft in den Ostprovinzen erhoben, mit ganz besonderem Nachdruck aber von der Landwirtschaft, deren Die Notlage der Landwirtschaft. erschreckende Notlage eben in den bereits angeführten Absatzschwierigkeiten, ferner in der Preisbildung und in der heutigen Kreditpolitik ihre wesentlichsten Ursachen hat. Die Landwirtschaft bildet das Rückgrat der Wirtschaft im deutschen Osten, und so ist die Lage der Landwirtschaft ein getreues Spiegelbild des Notstandes, in dem sich Land und Volk befinden.

Nach der letzten Berufszählung von 1925 beläuft sich der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in den sechs Ostprovinzen auf 45 v. H. und liegt damit weit über dem Durchschnitt in Preußen mit 30 v. H.

*) Vgl. Denkschrift „Die Provinz Brandenburg“ Seite 23/24.

**) Nach Angaben der Provinzialverwaltung Niederschlesien.

Im einzelnen betragen die Anteile in der

Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen	61 v. H.
„ Ostpreußen	56 v. H.
„ Pommern	51 v. H.
„ Oberschlesien	43 v. H.
im Regierungsbezirk Frankfurt a. O.	43 v. H.
Provinz Niederschlesien	36 v. H.

In keiner der Ostprovinzen ist also der Anteil der berufstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft geringer als $\frac{1}{3}$ der insgesamt Erwerbstätigen, er steigt aber in einzelnen Provinzen bis auf mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung. An der landwirtschaftlichen Nutzfläche Preußens sind die Ostprovinzen mit 52 v. H. beteiligt, die übrigen Provinzen mit nur 48 v. H. Daraus erhellt ohne weiteres, welche katastrophalen Folgen ein Zusammenbruch dieses Nährstandes in der Ostmark nach sich ziehen muß.

Mangelnde
Rentabilität.

Die Gründe dieser Landwirtschaftsnot liegen vornehmlich in der Rentabilitätsverschlechterung, diese wiederum in dem Mißverhältnis zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugung einerseits und den Kosten der Betriebsführung andererseits. Während die Preise der landwirtschaftlichen Produkte im Jahre 1928 einen Index von 132,6 aufwiesen, betrug der Index für industrielle Fertigwaren 158,6, für Konsumgüter sogar 174,9. Dazu tritt die höhere Verzinsung infolge der starken Verschuldung. In Ostpreußen sowohl wie in Pommern hat am 1. Januar 1929 die landwirtschaftliche Verschuldung den Stand von einer Milliarde Reichsmark bereits weit überschritten. In den anderen Provinzen ist die Lage nicht viel besser. Der Osten Deutschlands zeigt die weitaus stärkste Verschuldung. Je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche betrug die Verschuldung am 1.1.1928 beispielsweise:

in Ostpreußen *)	675 RM
in Grenzmark Posen-Westpreußen **)	630 „
in Pommern	575 „

Die jährliche Unterbilanz der Landwirtschaft allein in Ostpreußen wird auf rund 200 Millionen Reichsmark *** veranschlagt. Im Gefolge dieser Entwicklung ****) stehen Zwangsverwaltungen, Zwangsversteigerungen, Produktionsminderung, Arbeitslosigkeit und eine ständig steigende Abwanderung. Das sind also sehr bedenkliche Symptome wirtschaftlichen Verfalls, der natürlich nicht auf die Ostprovinzen allein beschränkt bleibt, sondern sich notgedrungen auf die gesamte deutsche Volkswirtschaft auswirken muß.

Gefährdung der
deutschen Er-
nährungswirtschaft.

Insbesondere würde von diesem Ausfall unsere Ernährungswirtschaft empfindlich betroffen werden, da die Ostprovinzen Hauptträger in der Versorgung des Reichs mit pflanzlichen und tierischen Nährstoffen sind. Die Krisis der Landwirtschaft ist zweifellos keine lokale Erscheinung lediglich des Ostens, vielmehr leidet die gesamte deutsche Landwirtschaft unter diesem Notstand. Will man die besonderen Nöte der ostdeutschen Landwirtschaft richtig verstehen, so wird man in den vorausgegangenen Ausführungen die Bestätigung dafür gefunden haben, daß solche Krisen sich naturgemäß an der Peripherie stärker auswirken als im Zentrum. Deshalb gebührt den östlichen Provinzen ein ganz besonderes Maß an Fürsorge — wie sie durch die bisherigen umfangreichen Hilfsmaßnahmen der Reichs- und Staatsregierung auch bereits für einzelne Provinzen öffentlich bekundet worden ist. Diese Fürsorge muß

*) Nach Angaben des Landesfinanzamts Königsberg Pr.

**) Nach Angaben der Landwirtschaftskammer für die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen.

***) Nach Angaben der Ostpreussischen Generallandschaftsdirektion.

****) Vergl. hierzu S. 22/23.

in Zukunft auf alle Ostprovinzen ausgedehnt werden. Denn gelingt es nicht, schnell den Weg zu einer wirklich durchgreifenden Abhilfe frei zu machen und in der Landwirtschaft wieder gesunde Rentabilitätsverhältnisse herzustellen, so ist ein allgemeiner Zusammenbruch im Osten nicht mehr aufzuhalten.

Bei der engen Verflechtung zwischen der Landwirtschaft und den übrigen Teilen der Wirtschaft ist die Notlage auch der Industrie eine unausbleibliche Folge. Im gleichen Maße wie der Landwirtschaft geholfen wird, muß auch der Industrienerot im Osten gesteuert werden.

B. Die Folgen der wirtschaftlichen Notlage.

Es wird sich nunmehr darum handeln, die Folgewirkungen der wirtschaftlichen Notlage, wie sie sich bei der Einkommensentwicklung, der Vermögensbildung, auf dem Arbeitsmarkt, Geldmarkt und darüber hinaus auch in der Bevölkerungsentwicklung deutlich abzeichnen, im Einzelnen aufzuzeigen.

Einkommensvergleich deutscher Landesteile im Jahre 1926.

(Nach der Statistik über Einkommen-, Lohn- und Körperschaftssteuer vom August 1928.)



	Anteil am steuerbaren Gesamteinkommen Deutschlands etwa = Anteil an der Bevölkerung.
	" " " " ist höher als " " " "
	" " " " 11-32% niedriger als Anteil an der Bevölkerung.
	" " " " 36-68% " " " " "

Dieses Bild ist die Schicksalskarte des deutschen Ostens!

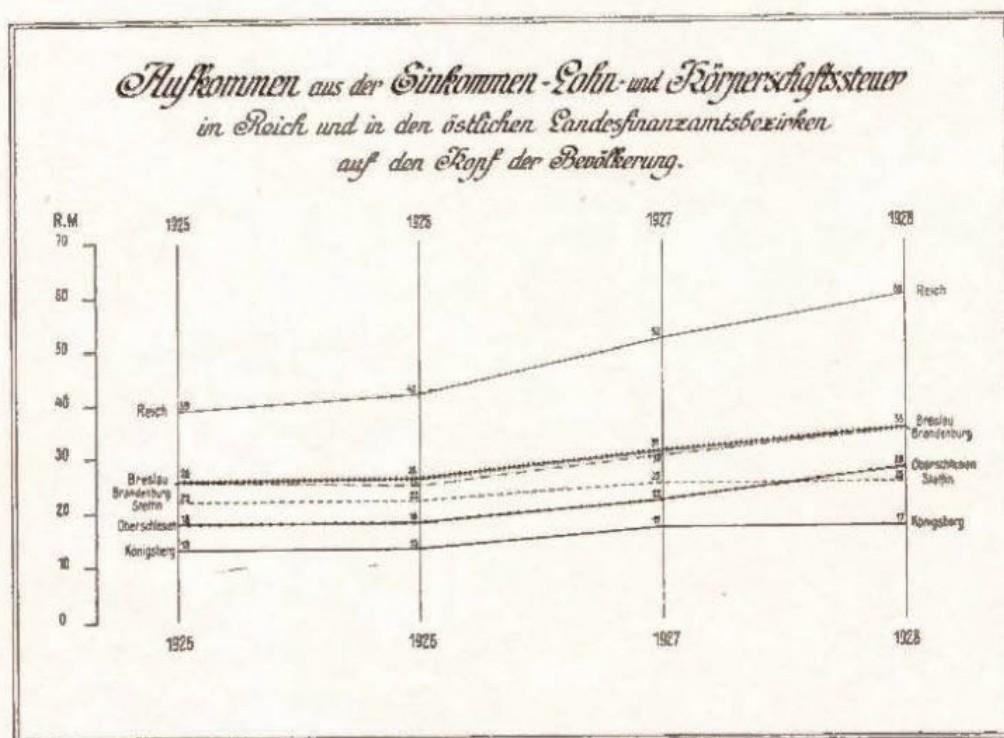
Was zunächst die Entwicklung der Einkommensverhältnisse anlangt, so ist erwiesen, daß alle preußischen Ostprovinzen — und nur diese — weit hinter den anderen Teilen des Reichs zurückbleiben. Ein Vergleich des Aufkommens an Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer in den einzelnen Landesfinanzamtsbezirken, wie er in anliegender Übersicht für das Rechnungsjahr 1926 vorgenommen worden ist, macht den geringen Anteil der Bevölkerung in den Ostprovinzen an der Einkommensentwicklung offenkundig.

Stellt man nämlich den Anteil der Bevölkerung in den einzelnen Provinzen zur Gesamtbevölkerung den Anteilsziffern am Gesamteinkommen gegenüber, so finden wir die Landesfinanzamtsbezirke der östlichen Provinzen geschlossen auf den untersten Stufen der Skala (Sp. 10 in Anlage 5).

Ostpreußen und Oberschlesien sind mit 68 bzw. 56 Punkten die letzten in der Reihenfolge. Dies Zahlenbild, ins Räumliche übertragen, führt zu vorstehender Karte (S.17), aus der die geographische Verteilung von Einkommen und Bevölkerung abzulesen ist.

Es muß hinzugefügt werden, daß sich die hier geschilderte Sachlage auch für 1929 keineswegs etwa zum Besseren gewendet hat. Bei Zugrundelegung der Reichsschlüsselzahlen für die Steuerverteilung 1929 ergibt sich fast dieselbe Reihenfolge wie in der vorausgegangenen Übersicht. Am Ende der Stufenleiter stehen diesmal Grenzmark Posen-Westpreußen, Ostpreußen, Oberschlesien, Pommern, Niederschlesien, Brandenburg (ohne Berlin) usw. bis herauf zu Groß-Berlin. **Das starke Zurückbleiben gerade der Ostprovinzen im Volkseinkommen in den Jahren 1925, 1926, 1927 und vermutlich auch 1928 und 1929 ist ein ernstes Gefahrenzeichen schon für sich allein.** Es wäre dies nicht, wenn es nur darauf beruhte, daß die Zahl der Kinder und sonstigen nicht erwerbstätigen Haushaltsangehörigen in diesen Provinzen besonders groß wäre; Oberschlesien hat beispielsweise stärksten Kinderreichtum. Aber eine zur Gegenprobe vorgenommene Berechnung der Einkommensteuerbeträge, die auf den Kopf der Erwerbstätigen und selbständigen Berufslosen (also ohne Kinder und nicht erwerbstätige Haushaltsangehörige) in allen Provinzen entfallen, zeigt die sechs Ostprovinzen ebenfalls an den sechs schlechtesten Stellen.

Zwecks näherer Information über die spezielle Entwicklung des Steueraufkommens in den Ostprovinzen gegenüber dem Reichsdurchschnitt für 1925 bis 1928 wird auf die nachstehenden graphischen Darstellungen verwiesen.



Die einfachen Sollbeträge der Realsteuern aller Kommunen (ohne die kommunalen Zuschläge) sind in den sogenannten Maßstabsteuern enthalten, die den Provinzialumlagen zu Grunde gelegt werden müssen. Bei einem Vergleich mit anderen Gebietsteilen stellt sich heraus, daß das Maßstabsteuersoll aller sechs Ostprovinzen zusammen niedriger ist, als das der Rheinprovinz allein und nur wenig höher als das Berlins.

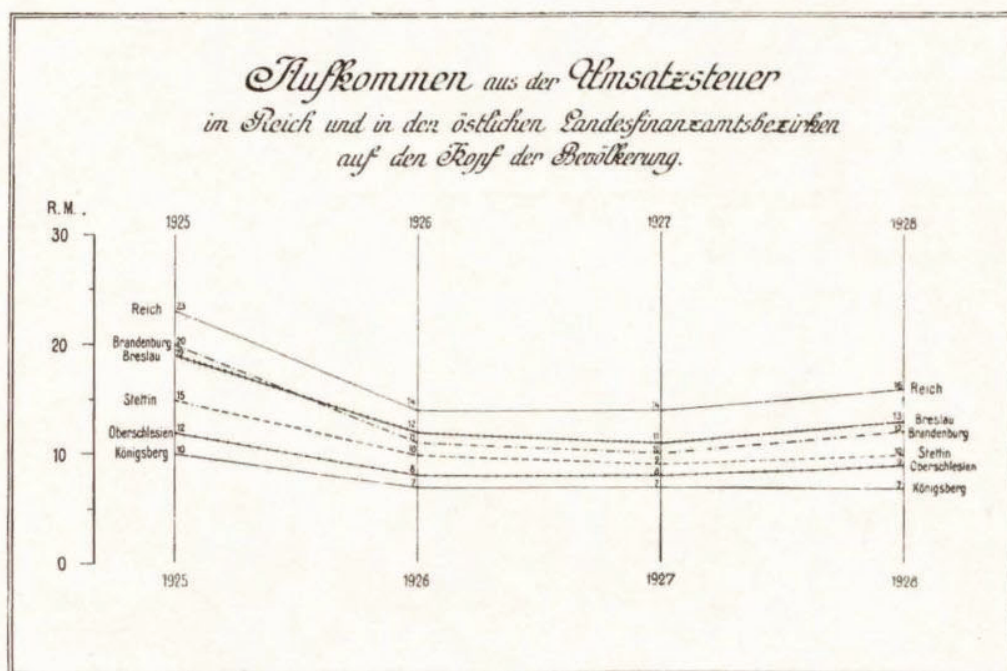
Realsteuern.
(Grundsteuern,
Gewerbesteuern)

Es beträgt das Maßstabsteuersoll 1927:

in	überhaupt Millionen <i>RM</i>	je Kopf der Bevölkerung <i>RM</i>
den sechs Ostprovinzen	175	15,17
der Rheinprovinz	177	23,39
Berlin	164,5	40,00

Dem gegenüber haben die sechs Ostprovinzen aber eine Bevölkerung von 11,5 Millionen, die Rheinprovinz jedoch nur 7,2 Millionen und Berlin sogar nur 4 Millionen.

Auch bei der Umsatzsteuer liegen sämtliche Ostprovinzen wieder unter dem Reichsdurchschnitt.

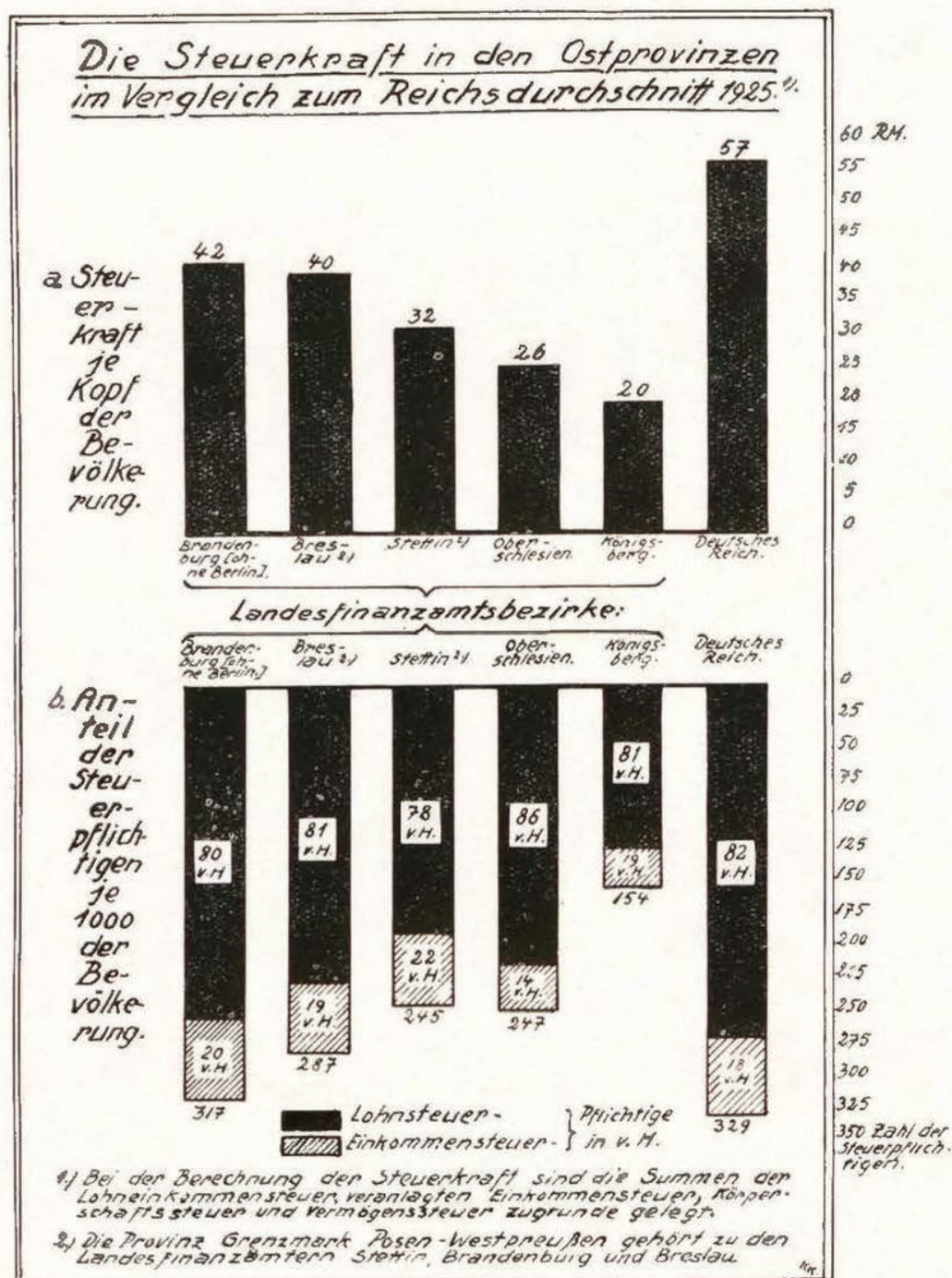


Aus der Vermögenssteuerveranlagung von 1925 können wichtige Rückschlüsse auf Volksvermögen. die Vermögensbildung in den Provinzen gezogen werden. Berücksichtigt man die auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Beträge an Vermögenssteuer in den einzelnen Landesfinanzamtsbezirken, so stellt sich auch hier wieder heraus, daß die östlichen Bezirke längst nicht an den Reichsdurchschnitt von 6,3 *RM* heranreichen. Mit an letzter Stelle Vermögenssteuer.

Breslau	mit 4,9 <i>RM</i>
Brandenburg	mit 4,7 <i>RM</i>
Stettin	mit 4,3 <i>RM</i>
Oberschlesien	mit 3,2 <i>RM</i>
Königsberg	mit 2,9 <i>RM</i>

Steuerkraft.

Schon bei der Behandlung dieser einzelnen Steuerarten zeigt sich, wie sehr die wirtschaftliche Mollage auf die steuerliche Leistungsfähigkeit in den östlichen Provinzen drückt. Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man die „Steuerkraft“*) in den Ostprovinzen mit dem Reichsdurchschnitt vergleicht. Keine der Provinzen erreicht den Reichsdurchschnitt, am schwächsten stehen Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen und Oberschlesien da, sowohl was den Steuerbetrag je Kopf der Bevölkerung wie den Anteil der Pflichtigen je 1 000 der Bevölkerung anlangt.



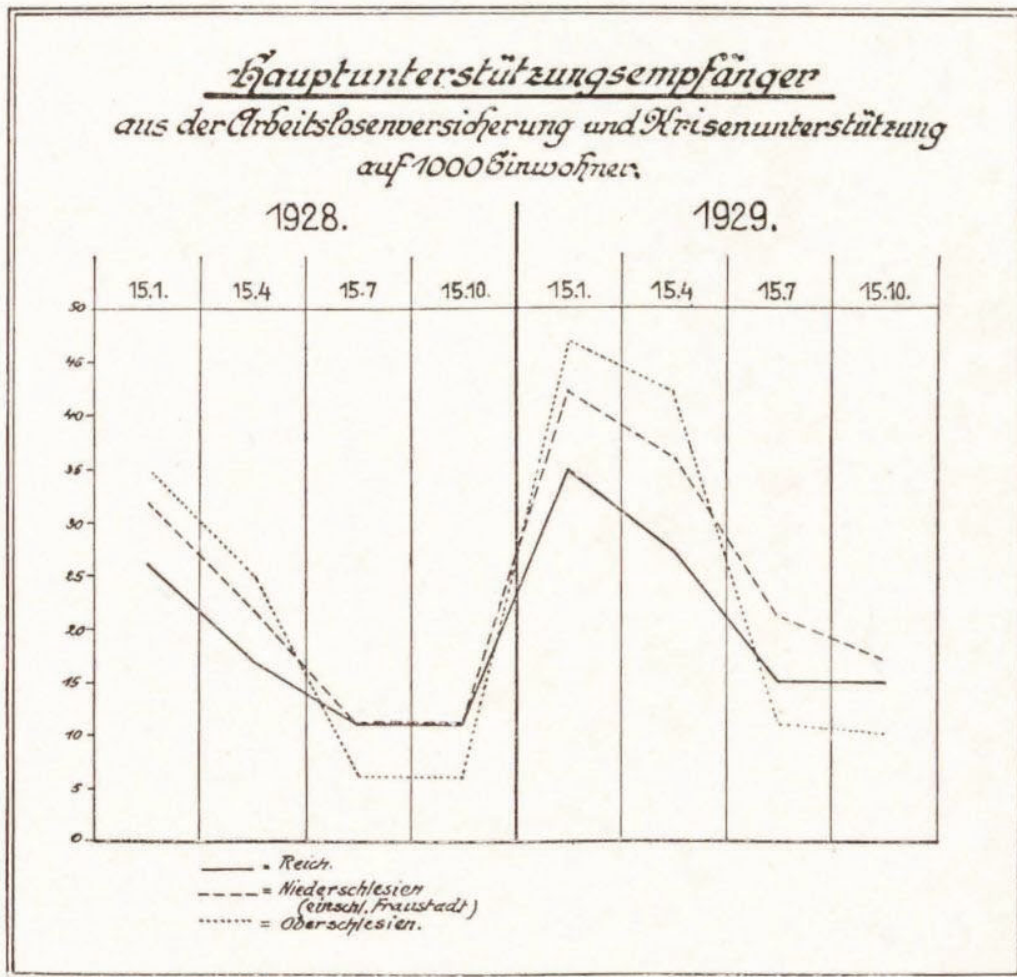
Quelle: „Die Steuerkraft der Finanzamtsbezirke“ Berlin 1929.

*) „Die Steuerkraft der Finanzamtsbezirke“, Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr. 7, Berlin 1929.

Als Ergänzung hierzu wird auf die Bewegung der Steuerrückstände verwiesen. Auch diese Zahlen zeigen mit aller Deutlichkeit die schwierige wirtschaftliche Lage und damit die sehr geschwächte Steuerkraft der östlichen Provinzen gegenüber dem Reichsdurchschnitt.

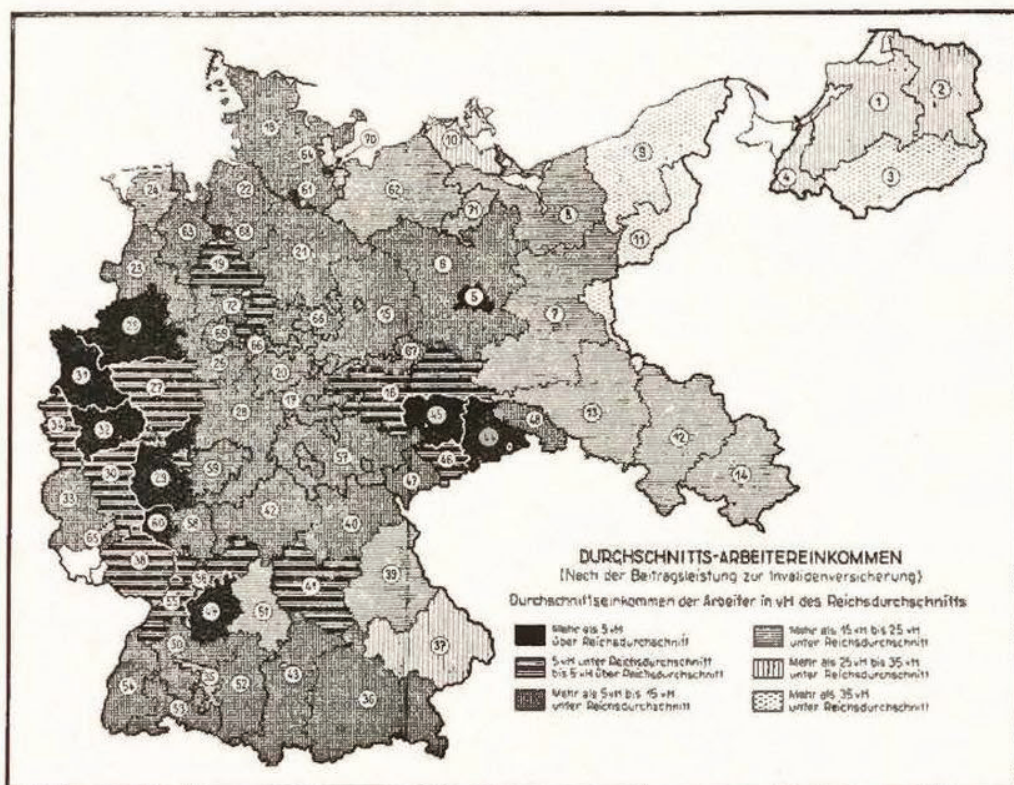
Zur Ergänzung der Ausführungen über die Vermögensbildung sei kurz noch die Spareinlagen. Entwicklung der Spareinlagenbestände gestreift. Auch diese bleiben hinter dem Staatsdurchschnitt zurück, ein Bild, das wir vorher wiederholt kennen gelernt haben. Die geringsten Einlagenbestände je Kopf der Bevölkerung haben Ostpreußen, Oberschlesien, Grenzmark Posen-Westpreußen und Niederschlesien zu verzeichnen.

Daß diese stark geminderten Wohlstandsverhältnisse von dem denkbar nachhaltigsten Arbeitsmarkt. Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes sind, liegt auf der Hand. Aus der nachfolgenden Übersicht ergibt sich, daß die industriellen Provinzen Nieder- und Oberschlesien eine Arbeitslosigkeit über dem Reichsdurchschnitt haben.



Arbeitslosigkeit.

Zur weiteren Erläuterung der Arbeitsverhältnisse ist die nachstehende Karte herangezogen, die über das Arbeitereinkommen in den Ostprovinzen Aufschluß gibt. Hier- nach ist ersichtlich, daß das Arbeitereinkommen in allen Ostprovinzen unter dem Reichsdurchschnitt liegt, teilweise sogar bis unter 35 v. H. des Reichsdurchschnitts.



Quelle: Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung, 2. Jahrgang, Nr. 32.

Zahlenklärung:

Regierungsbezirke: 1 Königsberg — 2 Gumbinnen — 3 Allenstein — 4 Westpreußen — 5 Stadt Berlin — 6 Potsdam — 7 Frankfurt a. O. — 8 Stettin — 9 Rostock — 10 Straßburg — 11 Schneidemühl — 12 Breslau — 13 Posen — 14 Oppeln.

Zahlungseinstellungen. Die Zahlungseinstellungen zeigen das gleiche traurige Bild des Verfalls wie die Lage am Arbeitsmarkt. Im Jahre 1928 war die Konkursziffer gegenüber dem Vorjahre gestiegen in

Konkurse.	Pommern	von 161 auf 298 = um 85 v. H.
	Oberschlesien	von 115 auf 201 = um 75 v. H.
	Ostpreußen	von 261 auf 418 = um 60 v. H.
	Niederschlesien	von 303 auf 484 = um 60 v. H.
	Grenzmark Posen-Westpr. . .	von 31 auf 49 = um 58 v. H.

Dagegen betrug die Steigerung im gesamten Reichsgebiet nur 35 v. H.

Ebenso erschreckend ist die Zunahme der Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke.

Der ganze Umfang dieser Verfallerscheinungen wird aber erst offenbar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Zeitraum 1924 bis 1927 innerhalb Preußens*)

von der zwangsversteigerten Fläche	90 v. H.	} auf den Osten	und nur 10 v. H.	} auf die übrigen Provinzen
von der Zahl der zwangsversteigerten Grundstücke	71 v. H.		29 v. H.	

zu rechnen sind. Es ist ferner zu bedenken, daß von der gesamten zwangsversteigerten Fläche Preußens nach dem Grundsteuerreintrag der zwangsversteigerten Grundstücke 84 v. H. auf die Ostprovinzen und nur 16 v. H. auf die übrigen Provinzen entfallen.

Im Jahre 1928 sind in den 6 Ostprovinzen rund 31 700 ha = 81 v. H. der in Preußen überhaupt zur Versteigerung gelangten Fläche versteigert worden. Zur speziellen Entwicklung der Zahlungseinstellungen in Nieder- und Oberschlesien bietet die in der Anlage 9 gebrachte Übersicht einen näheren Einblick.

Alle diese Vorgänge müssen als schwere Krankheiterscheinungen am Wirtschaftskörper der Ostmark gewertet werden, und es liegt in der Natur der Dinge, daß diese Erscheinungen zwangsläufig auch auf den Volkskörper übergreifen und dort ebenso verheerende Wirkungen erzeugen. Kindersterblichkeit und Wanderungsverluste sind — von anderen Momenten abgesehen — die am deutlichsten sichtbaren Gradmesser dafür, wie weit der Krankheitsprozeß hier vorgeschritten ist.

In der Statistik der Kindersterblichkeit stehen die östlichen Provinzen obenan, und zwar haben hier Oberschlesien und Niederschlesien die höchsten Ziffern aufzuweisen. Die traurige Lage wird am besten charakterisiert durch die Zahlen für die Säuglingssterblichkeit. Von 100 Lebendgeborenen starben 1927 im ersten Lebensjahr in

Oberschlesien	12,9 v. H.
Niederschlesien	12,4 "
Ostpreußen	11,5 "
Grenzmark Posen-Westpreußen	11,4 "
Pommern	11,2 "
Brandenburg	10,7 "

gegenüber einem Durchschnitt in Preußen von 9,7 v. H.

Gleich bedenklich muß der hohe Anteil an der Tuberkulosesterblichkeit in den Ostprovinzen stimmen, der fast durchgehend ebenfalls über dem preußischen Durchschnitt liegt. An erster Stelle steht hier die Provinz Oberschlesien mit 12,08 Sterbefällen auf Tausend der Bevölkerung.

Diese Tatsachen allein würden genügen, um die Öffentlichkeit mit ernster Sorge um die bevölkerungspolitische Entwicklung der Ostmark zu erfüllen. Dazu tritt jedoch noch das gewichtige Moment der Abwanderung, das — in seinen ganzen Ausmaßen erfasst — jeden Einsichtigen zu einer noch bei weitem verschärften Beurteilung der Lage im Osten zwingen muß. Nach der amtlichen Wanderungsstatistik hat beispielsweise allein die Provinz Ostpreußen im Jahrzehnt 1900 bis 1910 rund 192 000 Menschen durch die Wanderung verloren. Von 1910 bis zur letzten Volkszählung 1925 betrug der Wanderungsverlust in den Provinzen

Ostpreußen	111 591 Menschen
Oberschlesien	38 075 "
Grenzmark Posen-Westpr.	9 207 "

*) Nach Angaben der Provinzialverwaltung Niederschlesien.

Für Ostpreußen, das seit 1929 eine laufende Erhebung über die Abwanderung durchführt, liegen Zahlen für die Gegenwart vor, die beweisen, daß die Abwanderungsbewegung unvermindert anhält. Im ersten Halbjahr 1929 sind rund 12 000 Personen aus Ostpreußen abgewandert*). Wenn auch die Provinzen der Ostmark infolge der hohen Geburtenziffern sozusagen als Kinderwiege des Reichs seit jeher gegolten haben, so sind doch solche starken Einbußen an Lebenskraft — zumal im Zusammenhang mit der hohen Kindersterblichkeit — mehr als bedenklich für die Zukunft der deutschen Sache im Osten.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß hier schnell und gründlich geholfen werden muß. Mit sanitären Maßnahmen gegen die Kindersterblichkeit, Ausbau der Wohlfahrtseinrichtungen und intensiver Siedlungstätigkeit gegen die Abwanderung oder mit anderen Maßnahmen gegen die Kulturarmut des Ostens allein ist hier nichts getan. Hier muß ein Hilfswerk einsetzen, das bewußtmaßen die Grundlagen herstellt für ein gesichertes Existenz- und Kulturminimum. Alles ist umsonst, wenn durch die Verelendung auch noch der letzte Grundpfeiler des Deutschtums, die Bodenständigkeit der Bevölkerung in der Ostmark, vernichtet wird.

C. Die Lage der Kommunalfinanzen.

Finanzpolitik und
Kommunen.

Bei der engen Verflechtung von Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung — nicht zuletzt der Selbstverwaltung — ist es unausbleiblich, daß die Auswirkungen der wirtschaftlichen Notlage bis in den Finanzorganismus der Kommunen hinein deutlich verspürt werden. Das Bild gemeinsamer Not in den Ostprovinzen wäre deshalb unvollständig, wollte man nicht auch den Einflüssen dieser Entwicklung im Finanzwesen der Kommunen nachgehen. Jede notleidende Wirtschaft ist in ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit beschränkt. Da die Etatswirtschaft der Kommunen in ganz erheblichem Maße auf der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler beruht, ist ohne weiteres klar, daß das Finanzwesen der Kommunen in Notstandsgebieten aufs stärkste in Mitteleidenschaft gezogen wird. Es ist deshalb dringend notwendig, daß hier von Reichs- und Staatswegen durch verstärkte Einnahmeweisungen ein Ausgleich geschaffen wird. Bisher ist jedoch der im Osten vorhandenen Notlage nur in einem völlig unbefriedigenden Maße Rechnung getragen. Als Beweis dafür sei anliegende Übersicht über die Steuereinnahmen der preussischen Kommunen und Kommunalverbände im Rechnungsjahr 1927 angeführt.

Anlage 10.

Gärten des Finanz-
ausgleichs für die
Ostprovinzen.

Hiernach entfallen an Steuerüberweisungen und Dotationen, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, in den östlichen Provinzen die geringsten Anteile. Diese bewegen sich zwischen 25 und 31 *RM* bei einem Durchschnitt von 36 *RM* in Preußen. Alle anderen Provinzen haben wesentlich höhere Kopfbeträge und stehen entweder dicht an dem preussischen Durchschnitt (Hannover, Sachsen) oder übersteigen diesen bei weitem. So weisen die Rheinprovinz, Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein beispielsweise Kopfbeträge von 43 *RM* auf. Die Ostprovinzen befinden sich also sämtlich auf den untersten Stufen der Skala. Die von den Kommunen erhobenen eigenen Steuern und Steuerzuschläge je Kopf der Bevölkerung sind zwar meist geringer als die der anderen Provinzen in Mittel- und Westdeutschland, doch sind schon damit die Kommunen bis an die Grenze ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit herangegangen, weil die hier bestehende ungünstige Wirtschaftslage ein stärkeres Anziehen der Steuerschraube einfach nicht zuläßt.

*) Festgestellt auf Grund von Erhebungen der Statistischen Stelle der Provinzialverwaltung Ostpreußen.

Geht man von dem Grundsatz aus, daß bei einem gerechten Finanzausgleich die Notlage aller Ostprovinzen als Maßstabsfaktor keinesfalls übergangen werden darf, so müssen die Ostprovinzen erwarten, daß der kommende Finanzausgleich der hier vorhandenen Leistungsschwäche entsprechend Rechnung trägt. Gegenwärtig ist jedenfalls von einer solchen Berücksichtigung nichts zu spüren; denn nach dem zur Zeit geltenden Landes=

Rheinprovinz allein . . .	579 160 515 RM	= 29,02 v. H.
Westfalen allein . . .	340 931 880 "	= 17,08 "
Berlin allein . . .	494 237 072 "	

und dagegen

die 6 Ostprovinzen insgesamt **nur** 458 758 106 RM = 22,99 v. H.

Die gleiche unzureichende Berücksichtigung liegt auch bei der Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer vor. Über den Verteilungsmodus soll hier nicht geurteilt werden. Es muß aber für die Zukunft gefordert werden, daß der Osten in Anerkennung seiner Notlage, ebenso wie es bisher für einen erheblichen Teil des Westens geschehen ist, durch eine fortlaufende Sonderhilfe in die Lage versetzt wird, die im Straßenbau vorhandenen Schäden zu beseitigen und die wirtschaftliche Erschließung des Landes durch Ausbau und bessere Unterhaltung des Verkehrsnetzes zu fördern.

Ebenso müssen die Mehraufwendungen der Kommunen für die Unterbringung von Flüchtlingsfürsorge. Flüchtlingen aus den Abtretungsgebieten als mittelbare Kriegsfolgen abgegolten werden. Über den Umfang des Flüchtlingszuzugs aus den östlichen Abtretungsgebieten unterrichten folgende Zahlen. *)

Als Ziel der Abwanderung haben angegeben

54 583 Personen die Provinz Ostpreußen	
74 593 " " " Brandenburg	
55 938 " " " Pommern	
26 932 " " " Grenzmark Posen-Westpreußen	
72 083 " " " Niederschlesien	
55 526 " " " Oberschlesien	

Für die den Gemeinden durch diesen Flüchtlingszufluß in verstärktem Maße Wohnungsnot. erwachsenden Aufgaben im Wohnungsbau muß zum mindesten durch vermehrte Hauszinssteuerüberweisungen ein Ausgleich geschaffen werden. Welche Mißstände im Wohnungsweisen in Deutschland herrschen, wird in schonungsloser Weise durch die Ergebnisse der Reichswohnungszählung **) von 1927 enthüllt. Danach entfallen von den in Deutschland ***) überhaupt gezählten überfüllten Wohnungen in Höhe von 490 000 fast die Hälfte auf die Ostprovinzen. In den 30 preußischen Großstädten wohnen etwa 1 427 kinderreiche Familien (Familien mit vier Kindern und darüber) in Einraumwohnungen. Von dieser Zahl stellt die Stadt Breslau allein über ein Drittel, nämlich 540, während Berlin nur 228 kinderreiche Familien in Einraumwohnungen aufzuweisen hat. Ähnliche Beispiele lassen sich auch für die anderen Provinzen anführen.

Es liegt auf der Hand, daß die rückläufige Wirtschaftsentwicklung eine zunehmende Erwerbslosigkeit ****) im Gefolge hat. Nach den bisherigen Erfahrungen hat sich herausgestellt, daß die Schäden der Erwerbslosigkeit durch die Arbeitslosenversicherung nicht

*) Statistische Korrespondenz, Jahrgang 1928 S. 60.

**) Wirtschaft und Statistik, Jahrgang 1929 S. 242.

***) d. h. in Gemeinden mit über 5000 Einwohnern.

****) Vergl. S. 21.

ausgeglichen werden können, sondern daß vielmehr die Erwerbslosen zum größeren Teil der allgemeinen Wohlfahrtspflege anheimfallen und auf diese Weise den ostdeutschen Kommunen eine neue starke Belastung auferlegen.

Schullasten. Schließlich ist die gerechte Verteilung der Schullasten ein für den Osten besonders wichtiges Problem. Und zwar nicht nur der Ausgleich der Personallast für das Schulwesen, sondern auch ein gerechter Ausgleich der rein kommunalen sächlichen Schulbau- und Unterhaltungslast. Denn der schwächer bevölkerte Osten hat naturgemäß mehr kleinere Schulsysteme und damit verhältnismäßig mehr Schulhäuser zu unterhalten als dichter bevölkerte Gegenden; andererseits ist eine gute Grundbildung und anschließend eine gute Berufsbildung in städtischen und ländlichen Fortbildungs- und Fachschulen gerade für den schwerer um sein Fortkommen ringenden Osten besonders wichtig.

Eine gerechtere Schullastenverteilung dürfen die Ostprovinzen schon deshalb beanspruchen, weil sie als Menschenreservoir des Reichs ununterbrochen jährlich Zehntausende von Menschen, deren Ausbildung von den Ostprovinzen getragen wurde, an das übrige Reich abgeben. *)

D. Der Wert der Ostprovinzen an Wirtschafts- und Volkskraft.

Wirtschaftskraft. Nach dem bisher entrollten Bilde der Not ist noch zu zeigen, welche Bedeutung den Ostprovinzen innerhalb der deutschen Volkswirtschaft zukommt.

Die Ostprovinzen liefern für die Ernährungswirtschaft des Reichs mehr an Lebensmitteln als ihrer Einwohnerzahl und ihrem Gebietsumfang entspricht.

Landwirtschaftliche Produktion. Es beträgt in v. H.

in der Provinz	der Anteil an der Reichs-		der Anteil an der Erzeugung im Deutschen Reich 1927 an			der Anteil am Großviehbestand 1927
	Bevölkerung	Fläche	Ärnerfrüchten	Kartoffeln	Zucker- rüben	
Ostpreußen	3,62	7,90	9,35	5,88	1,02	7,60
Pommern	3,01	6,44	9,39	7,73	5,10	5,03
Grenzmark Posen-Westpreußen . .	0,53	1,64	1,93	2,17	0,28	0,98
Brandenburg (ohne Berlin) . .	4,15	8,33	10,72	11,24	5,19	5,26
Niederschlesien	5,02	5,68	10,58	7,87	16,91	5,89
Oberschlesien	2,21	2,07	4,30	3,86	4,31	2,22
in den Ostprovinzen zusammen	18,54	32,06	46,27	38,75	32,81	26,98

Gewerbliche Produktion. Die Bedeutung der gewerblichen Produktion wird zunächst dadurch charakterisiert, daß in den Provinzen der Ostmark insgesamt 1,782 Millionen Menschen in Industrie und Handwerk beschäftigt werden. Das sind 23 v. H. der in dieser Gruppe in Preußen überhaupt Berufstätigen. Die stärkste Industrie, was die Zahl der Beschäftigten anlangt, hat Niederschlesien aufzuweisen, das mit seiner Arbeiterzahl dicht an die Westfalens heranreicht. An nächster Stelle im Osten stehen Brandenburg und Oberschlesien. Den Anteil der beiden schlesischen Provinzen an der industriellen Erzeugung des Reichs geben folgende Zahlen wieder: Im Jahre 1927 betrug die Gewinnung an verwertbarer Kohle 16,4 v. H. der Menge — davon Oberschlesien allein 12,6 v. H. bei einem Bevölkerungsanteil von

*) Vergl. S. 29.

2,21 v. H. — und 13,4 dem Werte nach; die Förderung von Blei-, Silber- und Zinkerzen belief sich auf 32,6 bzw. 41,4 v. H. der Förderung im gesamten Reich. Die Produktion der Eisen- und Stahlgießereien in den sechs Ostprovinzen stellt dem Werte nach rund 19 v. H. der Erzeugung in Preußen dar.

Im einzelnen betrug der Anteil Niederschlesiens an der deutschen Ausfuhr (ohne Durchgangsverkehr) von Industrieprodukten

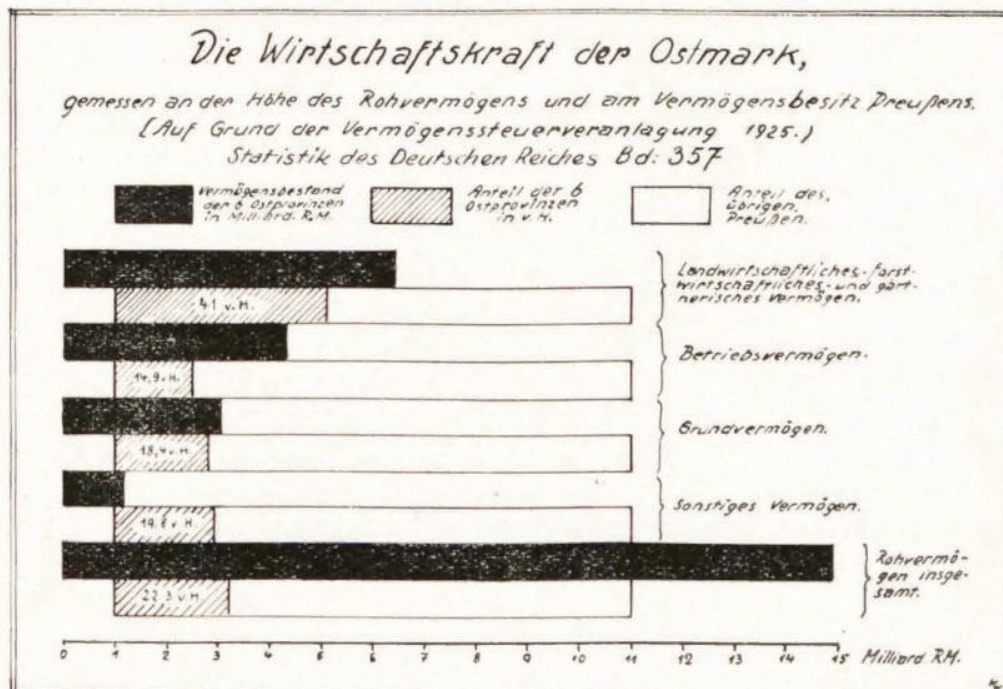
an	1925 v. H.	1926 v. H.	1927 v. H.	
Steinen	9,6	10,74	10,7	gegenüber einem Anteil Niederschlesiens an der Reichs- bevölkerung von 5,02 v. H.
Ton und Porzellan, sowie Por- zellanwaren	8,3	8,73	7,5	
Glas und Glaswaren	11,6	10,8	10,8	
Papier	7,0	6,5	6,7	
Rohle	4,7	4,3	4,1	

Allein der Anteil der Stadt Breslau am Gesamtumsatz des Deutschen Reichs beträgt:

	dem Werte nach	der Menge nach
bei der Damentonfektion	7,5 v. H.	15 v. H.
bei der Pelzwarenverarbeitung . . .	5,0 " "	10 " "

An Bodenschätzen besitzt allein Oberschlesien*) ungeheure Werte. Außer reichem Bodenschätze. Vorkommen an Kalksteinen, Zement, Lehm- und Tonerden lagern hier

8,67 Milliarden t Steinkohlen . .
11 Millionen t Zink- und Bleierze } im Gesamtwert von rund
3 Millionen t Eisenerze } 100 Milliarden Reichsmark



*) Vgl. auch „Einige Zahlen über Oberschlesien“ und „Oberschlesischer Heimatkalender“ 1929 und 1930 (Ratibor).

Ungeachtet dieser Tatsachen ist überzeugend nachgewiesen, daß die deutsche Volkswirtschaft außerordentlich starke Kraftzentren im Osten besitzt, deren Verlust von ungeahnten Folgen begleitet sein würde. Die volle Bedeutung der Wirtschaftskraft der Ostmark tritt am klarsten in Erscheinung, wenn man sich vor Augen hält, daß beinahe ein Viertel (22,3 v. H.) des gesamten in Preußen nach der Erhebung von 1925 festgestellten Rohvermögens auf die sechs Ostprovinzen entfällt. Beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen steigt der Anteil sogar bis auf 41 v. H., auch ein Beweis dafür, daß die Stärke der landwirtschaftlichen Produktion im Osten zu suchen ist. (Vgl. Schaubild S. 27).

Volkskraft. Dieser überwiegend agrarische Charakter der Ostprovinzen gibt zugleich die Erklärung dafür ab, daß die Gebiete verhältnismäßig schwach bevölkert sind, so namentlich die Grenzmark Posen-Westpreußen, Ostpreußen und Pommern.

Es entfallen in der Provinz

Bevölkerungsdichte.

Anlage 11.

Grenzmark Posen-Westpr.	43	Bewohner je qkm,
Ostpreußen	61	
Pommern	62	
Brandenburg	66	
Niederschlesien	118	
Oberschlesien	142	

gegenüber einem Durchschnitt in Preußen von 131 Bewohnern.

In der Provinz Oberschlesien, die namentlich in den Grenzkreisen Rosenberg, Guttentag u. a. sehr spärlich besiedelt ist, treten noch andere natürliche Gefahren hinzu, die die Lage weiter verschärfen. Kein Landesteil des Deutschen Reichs weist absolut wie relativ so hohe Zahlen an Doppel- und Fremdsprachigen auf wie Oberschlesien. Von der reichsangehörigen Gesamtbevölkerung sprachen hier 58,8 v. H. deutsch, 28,4 v. H. deutsch und eine andere Sprache und 11,5 v. H. eine nichtdeutsche Sprache.*)

Geburtenhäufigkeit.

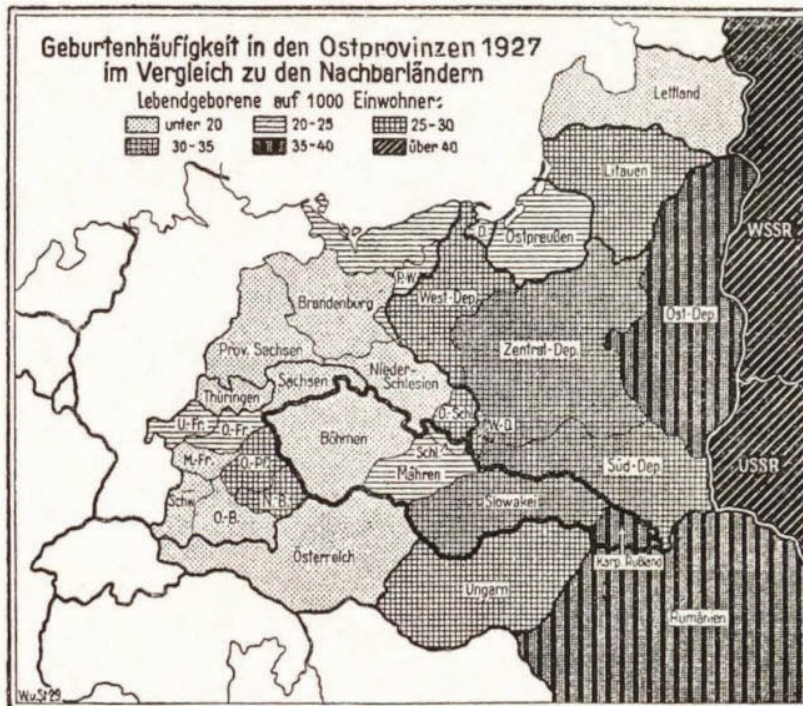
Im Zusammenhang damit wäre noch kurz auf die Geburtenhäufigkeit einzugehen. Von allen Provinzen haben die Ostprovinzen die höchsten Geburtenziffern. Für das Jahr 1928 liegen folgende Ergebnisse vor. Auf 1000 Einwohner entfallen

in Oberschlesien	26,5	Geborene
in Ostpreußen	23,2	"
in der Grenzmark Posen-Westpreußen	22,1	"
in Pommern	20,5	"
in Niederschlesien	19,9	"
in Preußen dagegen nur	18,6	"

Das Übergewicht der Ostprovinzen ist hier also offenbar. Ist dies auch als ein günstiges Moment zu bewerten, so darf andererseits nicht vergessen werden, daß die Nachbarländer jenseits der Grenze eine den Ostprovinzen noch weit überlegene Geburtenhäufigkeit aufzuweisen haben, und zwar kommen beispielsweise auf 1000 Einwohner

im Europäischen Rußland (1925)	44,9	Geborene
in Polen (1926)	33,3	"
in Litauen (1927)	29,1	"
in der Tschechoslovakai (1927)	23,3	"

*) Vgl. „Wirtschaft und Statistik“. Jahrgang 1928 S. 803.



Quelle: Wirtschaft und Statistik 1929, Heft 8, S. 347.

Diese Aufstauung fremder Völkermassen an unseren Ostgrenzen bildet eine außerordentlich ernst zu nehmende bevölkerungspolitische Gefahr. In diesem Zusammenhang tritt die Abwanderung*) in ein neues Licht. Die Gefahr slawischer Überflutung im deutschen Osten ist so alt wie die deutsche Ostmark selbst. Sie wächst naturgemäß noch in dem Maße, als durch die Abwanderung wertvollste deutsche Volkskraft den Ostprovinzen verloren geht. Andererseits kann auch gerade hieran ermessen werden, in welchem Umfange die werktätige Bevölkerung des übrigen Reichs von Angehörigen der Ostprovinzen durchsetzt ist: Die Ostprovinzen sind das Menschenreservoir, aus dem das Reich ständig starke Kräfte für seinen Arbeitsmarkt schöpft. Besonders die mitteldeutsche und westdeutsche Industrie zieht dauernd starke Kontingente von Arbeitskräften aus dem Osten an sich, und zwar sind es ganz vorwiegend Menschen in jüngerem Lebensalter, die nach dem Westen abwandern. In Ostpreußen ist festgestellt worden, daß von den im ersten Halbjahr 1929 Abgewanderten sich zwei Drittel im Alter zwischen 15 und 30 Jahren befanden. Das bedeutet praktisch, daß der Osten die Kosten der Erziehung und Ausbildung trägt, um diese Menschen dann in einem Alter, wo sie ihre volle Arbeitsfähigkeit erreichen, an den Westen abzugeben. Ein weiteres Beispiel hierfür bietet Brandenburg, dessen verhältnismäßig hoher Wanderungsgewinn nur dadurch zustande kommt, daß infolge der Nähe Berlins und der sich daraus in bevölkerungspolitischer Hinsicht ergebenden wechselseitigen Beziehungen die starke provinzielle Abwanderung nach der Hauptstadt durch die Zuwanderung gealterter, sozial und wirtschaftlich geschwächter Einwohner Berlins noch bei weitem übertroffen wird.

Die Verluste bleiben also nicht auf Menschenkraft allein beschränkt, sondern umfassen zugleich auch erhebliche wirtschaftliche Werte. Wenn auch die Provinzen der Ostmark infolge der hohen Geburtenziffern sozusagen als **Kinderwiege des Reichs** seit jeher gegolten haben,

*) Vergl. Seite 26.

so sind doch solche starke Einbußen an Lebenskraft mehr als bedenklich für die Zukunft der deutschen Sache im Osten. Die Selbsterhaltung muß uns hier zu der Erkenntnis zwingen, daß

das Schicksal der Ostmark auch das Schicksal der Nation ist.

E. Forderungen.

Die preußischen Ostprovinzen sind in diesen Entscheidungskampf, den ihnen das Versailler Diktat aufgezwungen hat, bereits mit gebrochenen Kräften hineingegangen. Sie führen ihn dennoch mit tiefstem Ernst und dem unerschütterlichen Willen zur Selbstbehauptung, getragen von der Einigkeit aller Bevölkerungskreise in Stadt und Land. Wir wissen alle, daß es hier um Sein oder Nichtsein geht. Wir wissen auch, daß die schwerste Not mit einem Schlage enden würde, wenn das Unrecht der Grenzziehung im Osten wieder gut gemacht wird.

Wir hoffen zuversichtlich, daß das Vaterland den Ostprovinzen in ihrem Kampf zur Seite stehen wird. Die zur Katastrophe treibende Not der Ostmark fordert eine zielbewusste, einheitliche Staatspflege, damit altes deutsches Kulturland seine geschichtliche Aufgabe im Dienste Deutschlands und Europas weiter zu erfüllen in der Lage ist.

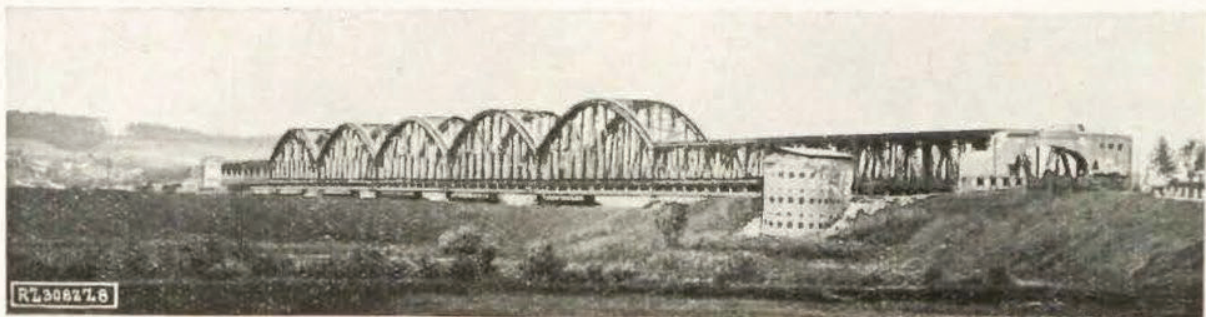
Inhalt und Ziel dieser Staatspflege muß gerichtet sein auf

1. Erschließung des Ostens durch Schaffung neuer Kunststraßen und Verbindungswege sowie durch Erweiterung des Eisenbahnnetzes.
2. Ausbau der östlichen Wasserstraßen im gleichen Schritt und für den gleichen Verkehr wie im Westen, jedenfalls vor Vollendung des Mittel-land-Kanals.
3. Beseitigung der Wirtschaftsferne der Ostprovinzen vom geschlossenen Wirtschaftsorganismus des Reichs durch stärkste Verkürzung der Frachtbasis für den Osten.
4. Maßnahmen zur Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft.
5. Höhere Zuweisung von Mitteln für die Wirtschaftsverbesserungen im deutschen Osten, insbesondere einen über den normalen Prozentsatz hinausgehenden Beteiligungsatz des Staates an Meliorationen aller Art im Osten, sowie eine Beteiligung des Reichs an diesen Sondermeliorationen.
6. Förderung der Bauern- und Landarbeitersiedlung.
7. Maßnahmen zur Erhaltung und Stützung der ostdeutschen Industrie, des Handels und des Handwerks.
8. Zusammenfassung und wesentlich verstärkte Hinleitung der Reichs- und Staatsaufträge sowie der Reichsbahn- und Reichspostaufträge in den Ostprovinzen. Die erhöhte Beteiligung des Ostens an den Staatsaufträgen muß insbesondere den durch den Zollkrieg mit Polen am meisten geschädigten Provinzen zugute kommen.

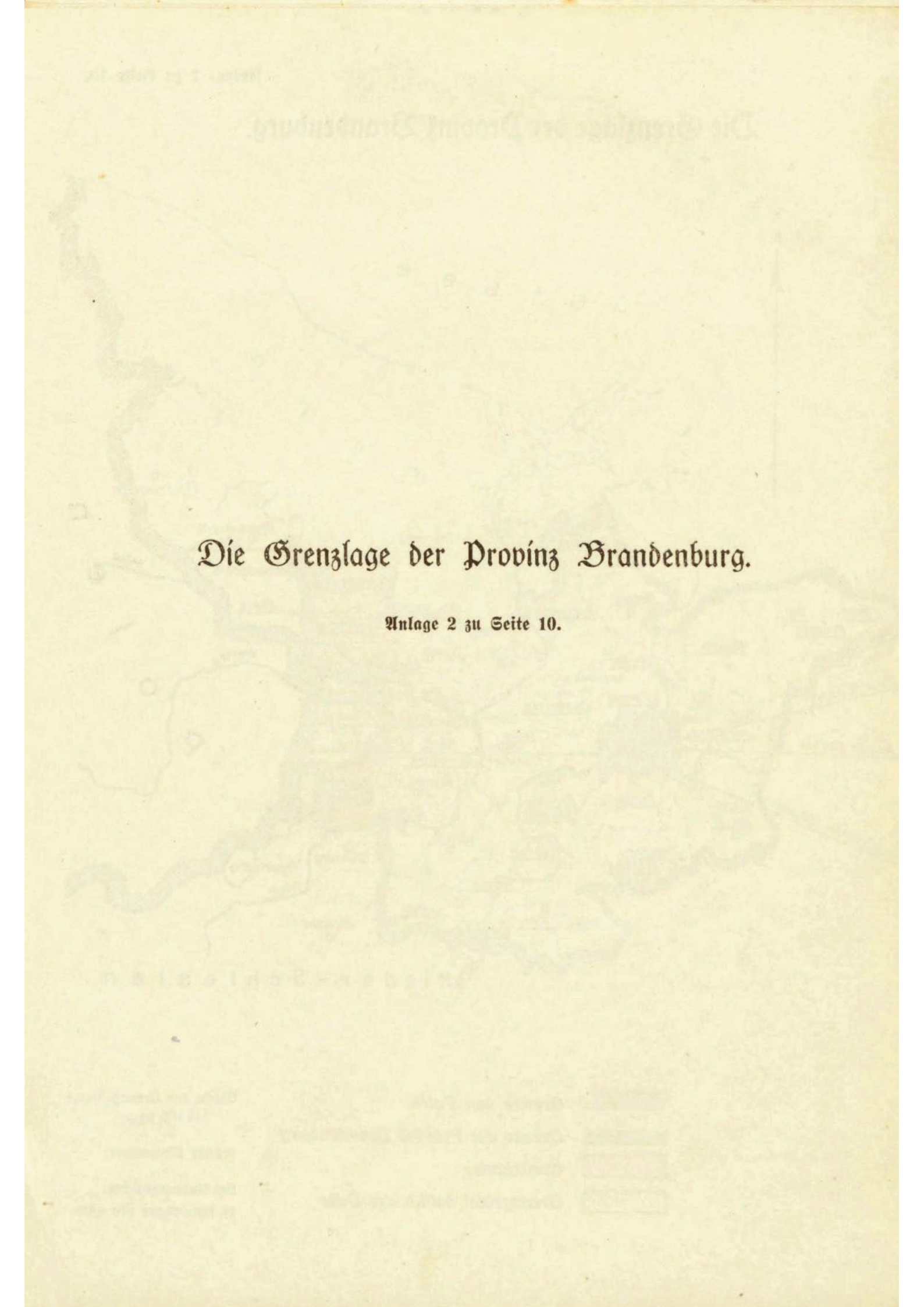
9. Starke Kulturpolitik von Reich und Staat im Osten.
10. Erheblich weitergehende Berücksichtigung aller Kommunen der Ostprovinzen im Finanzausgleich, insbesondere durch fiktive Erhöhung ihrer Einwohnerzahl.
11. Sonderdotation für die östlichen Provinzialverwaltungen, um sie zu befähigen, einerseits die Grenzerreißungs- und Besatzungsschäden zu heilen, andererseits ihren Rückstand in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Entwicklung zu beseitigen.
12. Stärkere Berücksichtigung der Ostprovinzen bei der Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer.
13. Mehrzuteilung von Hauszinssteuermitteln, insbesondere auch zum Ausgleich der Flüchtlingslast.
14. Gerechte Verteilung der Schullasten.

In letzter Stunde erheben die Ostprovinzen den Ruf nach Hilfe!

Die Gefahr für den deutschen Osten ist groß und nicht mehr aufzuhalten, wenn jetzt nicht schnell und gründlich geholfen wird!



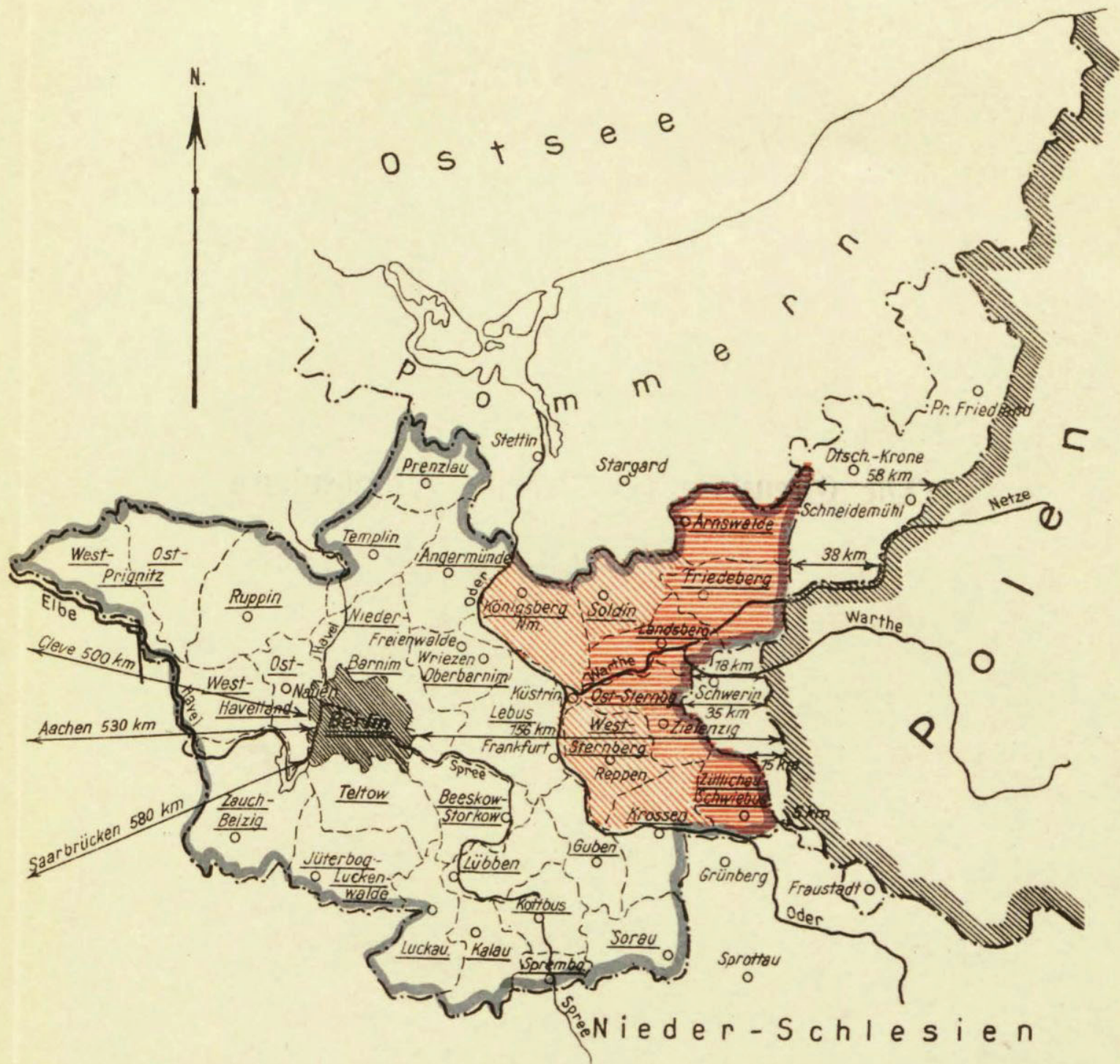
Die von den Polen abgebrochene Weichselbrücke bei Münsterwalde (Reg.-Bez. Westpreußen).

A faint, light blue map of Brandenburg is visible in the background. It shows the outline of the province with internal administrative boundaries and some major rivers like the Havel and Spree. The map is centered on the page, with the title and subtitle overlaid on it.

Die Grenzlage der Provinz Brandenburg.

Anlage 2 zu Seite 10.

Die Grenzlage der Provinz Brandenburg.



-  Grenze von Polen
-  Grenze der Provinz Brandenburg
-  Grenzkreise
-  Grenzgebiet östlich der Oder

Größe des Grenzgebietes
561 106 ha.

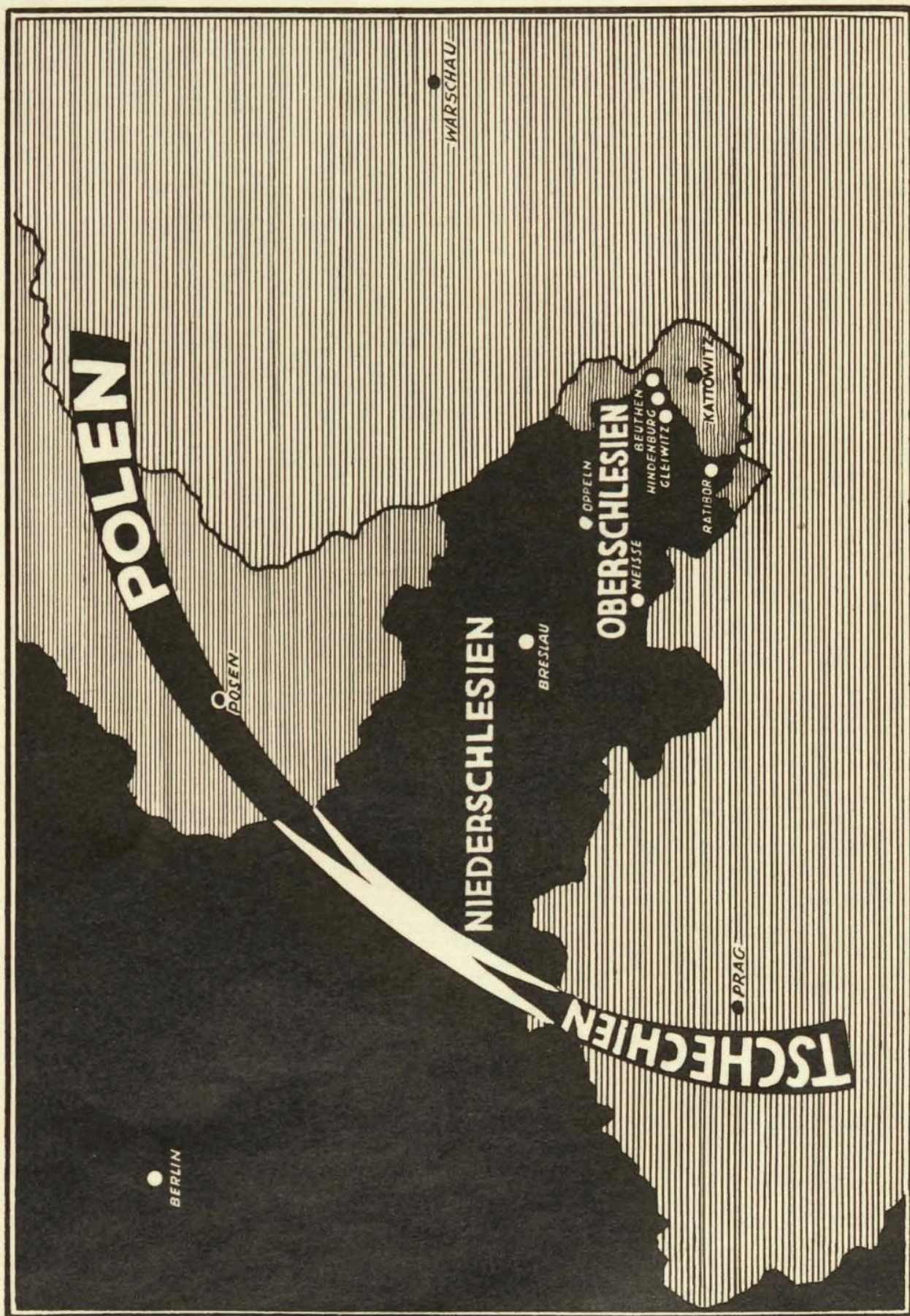
249 982 Einwohner.

Bevölkerungsdichte:
44 Einwohner pro qkm.

Die Gefahrenlage Oberschlesiens und Niederschlesiens.

Anlage 3 zu Seite 11.

Die Gefahrenlage Oberschlesiens und Niederschlesiens.



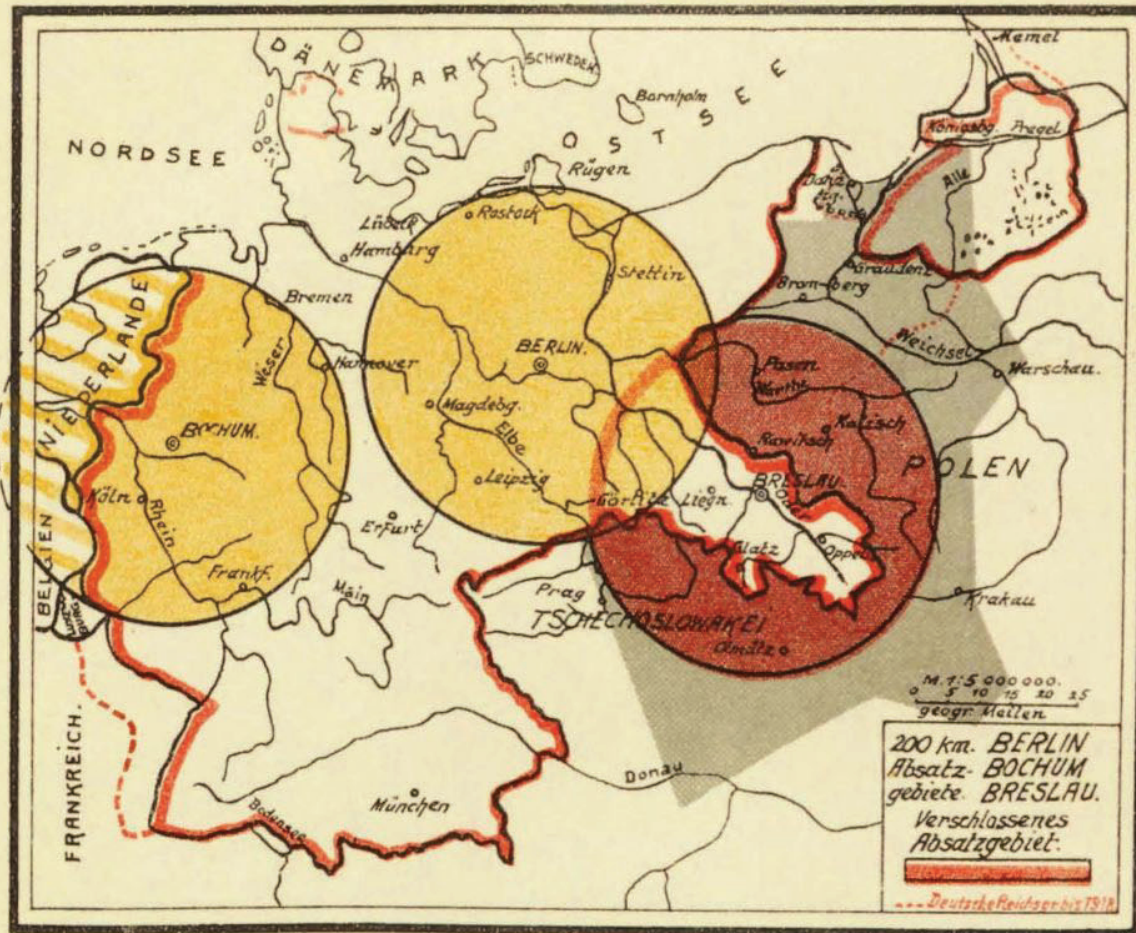
Das niederschlesische Absatzgebiet.

Anlage 4 zu Seite 11.

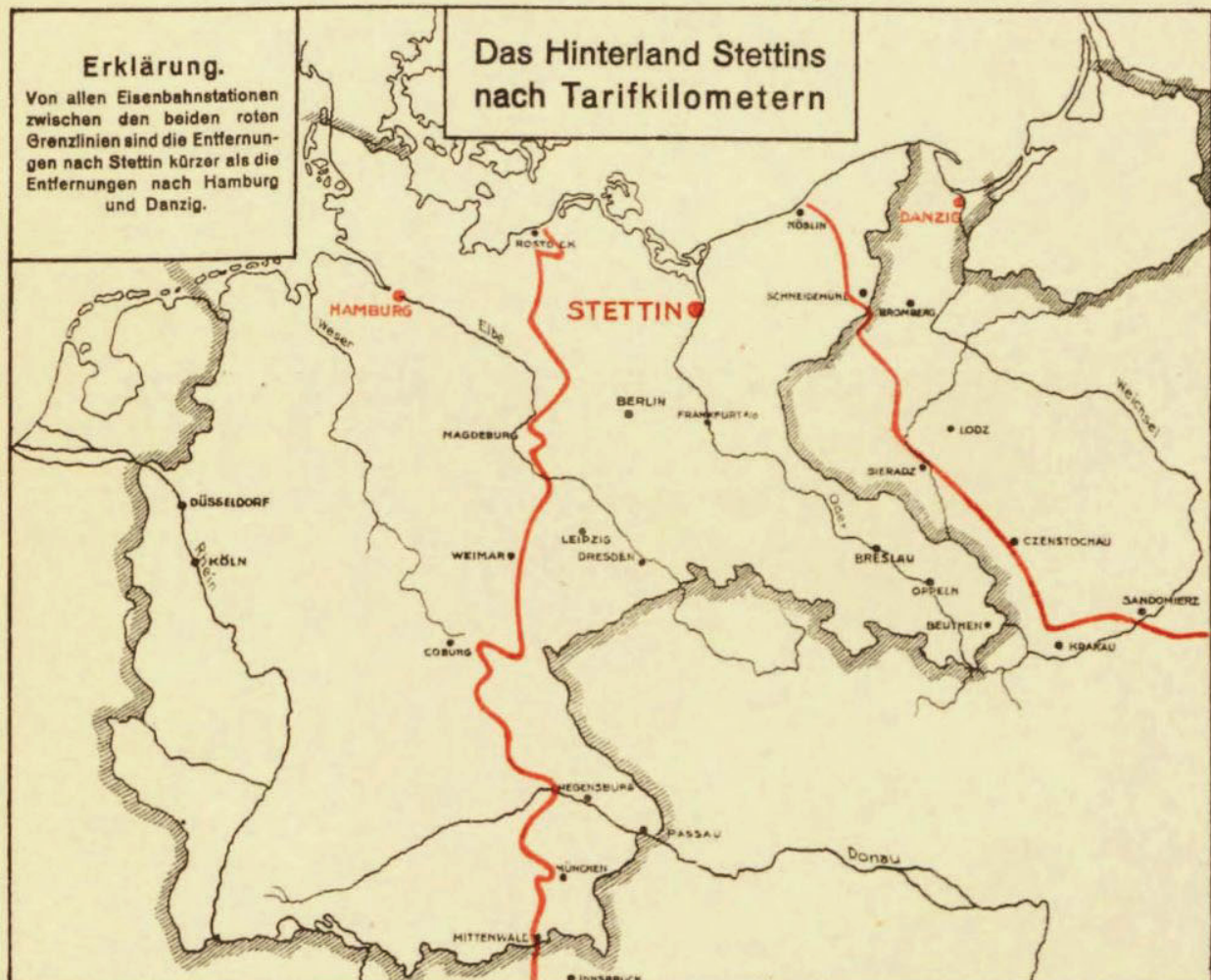
Das Hinterland Stettins nach Tariffkilometern.

Anlage 5 zu Seite 13.

Anlage 4 zu Seite 11
Das niederschlesische Absatzgebiet.



Anlage 5 zu Seite 13

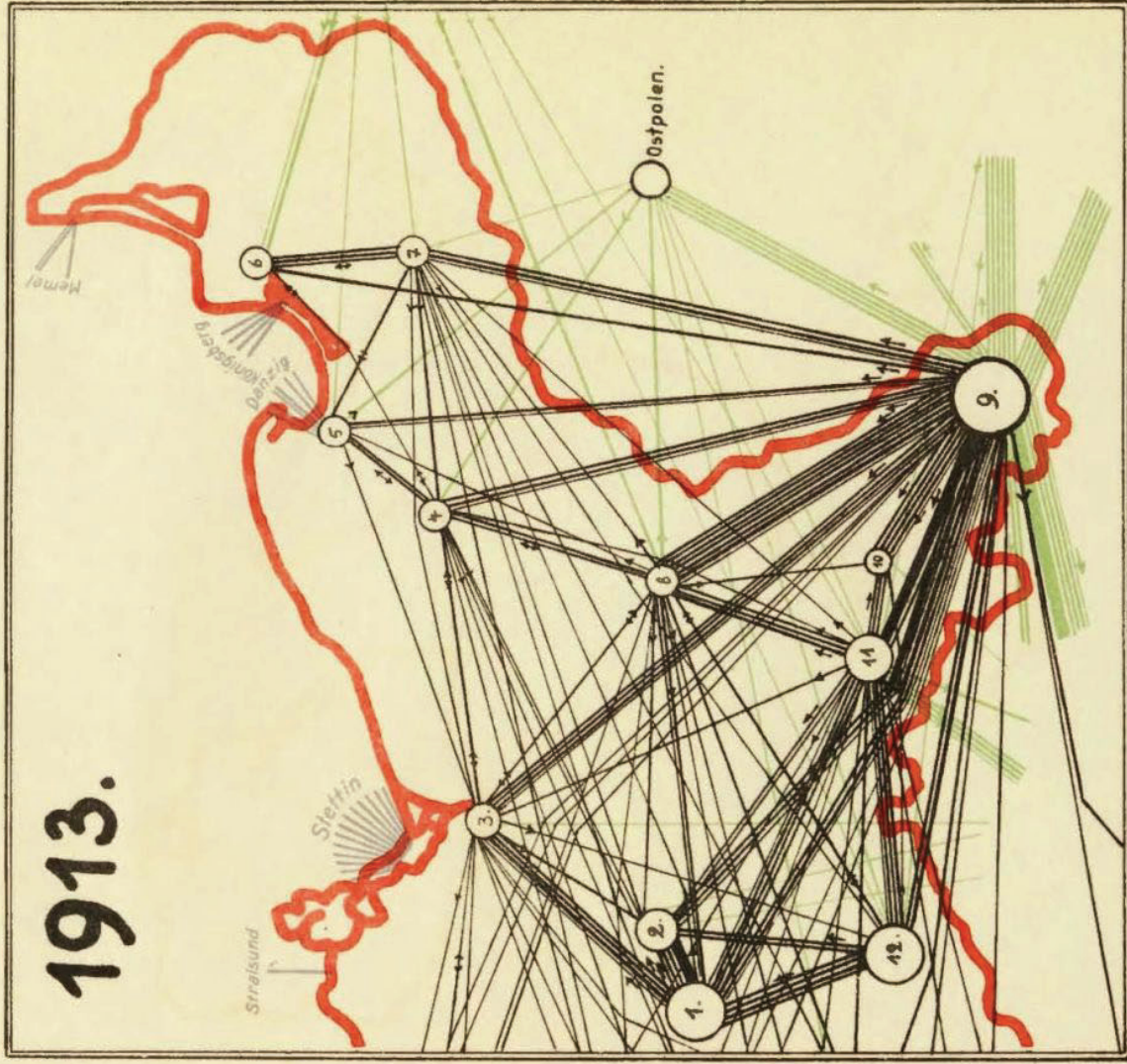


Der Güterverkehr der Reichsbahn
in der Ostmark 1913 und 1926.

Anlage 6 zu Seite 13.

Der Güterverkehr der Reichsbahn in der Ostmark Einst und Jetzt:

1913.

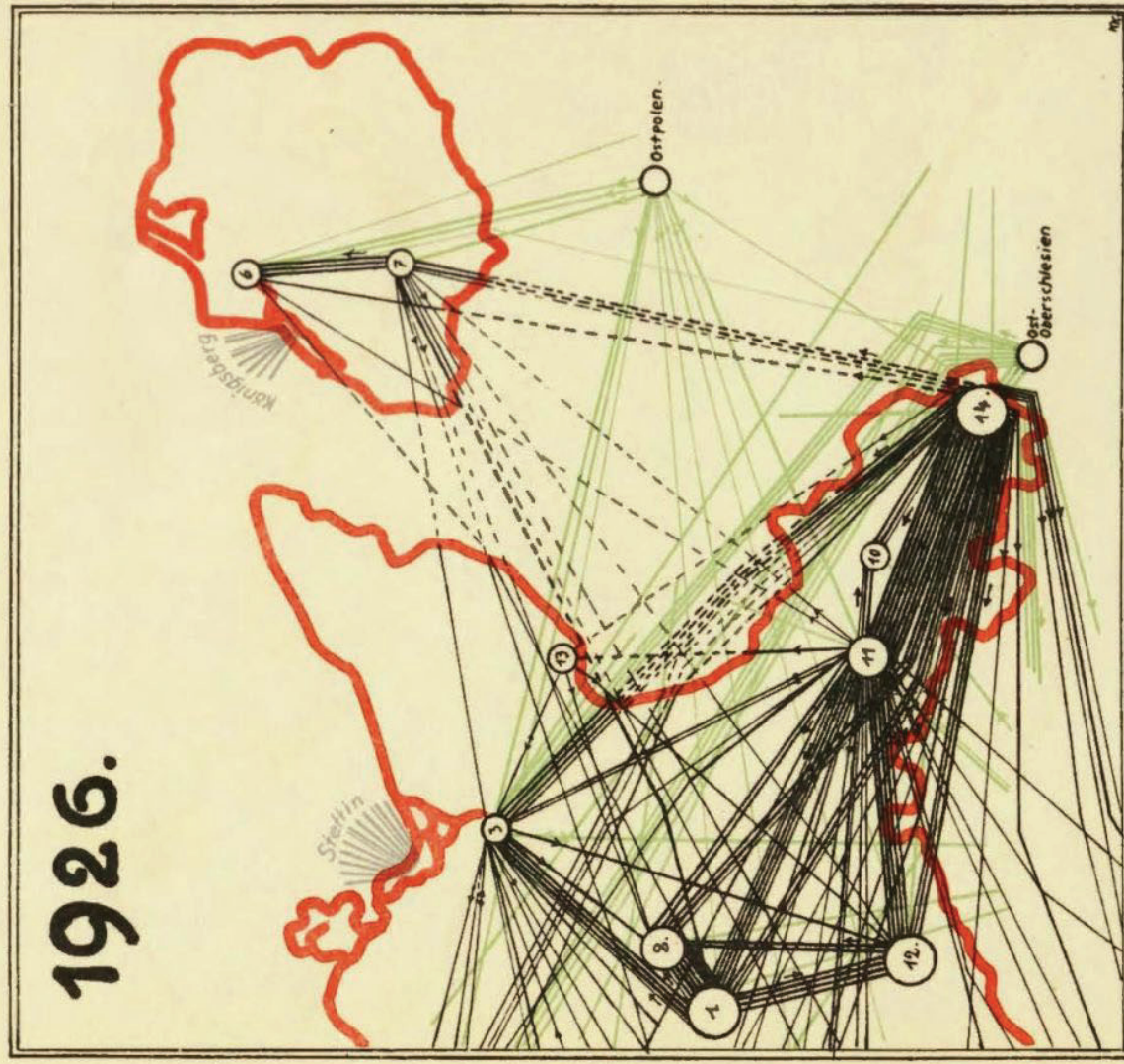


Quelle: Nach „Tiersen-Deutscher Wirtschaftsfaktas“, Berlin 1929
Dezeichnung der Verkehrszenren:
1 Prov. Brandenburg 6 Königsberg.
2 Berlin 7 Prov. Ostpreußen
3 Prov. Pommern 8. Reg. Bez. Posen.
4. Westpreußen 9. Reg. Bez. Oppeln.
5. Danzig 10. Reg. Bez. Breslau 11. Sachsen.
12. Grenzmark 13. Ostpreußen 14. Grenzmark 15. Ostpreußen

Verkehrsstärke im Jahr:
Eisenbahnverkehr: Seever.
Inland Ausland. kehr. kehr.
bis 250 000 t
250 000-500 000 t
500 000-750 000 t usw.
Doppelstrecke 10 Doppelstrecken 15 Doppelstrecken 20 Doppelstrecken

Der Güterverkehr der Reichsbahn in der Ostmark Einst und Jetzt:

1926.



Quelle: Nach „Tiersen-Deutscher Wirtschaftsfaktas“, Berlin 1929.
Dezeichnung der Verkehrszenren:
1 Prov. Brandenburg 6 Königsberg.
2 Berlin 7 Prov. Ostpreußen
3 Prov. Pommern 8. Reg. Bez. Posen.
4. Westpreußen 9. Reg. Bez. Oppeln.
5. Danzig 10. Reg. Bez. Breslau 11. Sachsen.
12. Grenzmark 13. Ostpreußen 14. Grenzmark 15. Ostpreußen

Verkehrsstärke im Jahr:
Eisenbahnverkehr: Seever.
Inland Ausland. kehr. kehr.
bis 250 000 t
250 000-500 000 t
500 000-750 000 t usw.
Doppelstrecke 10 Doppelstrecken 15 Doppelstrecken 20 Doppelstrecken

Das Istaufkommen
an Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer 1926
nach Landesfinanzamtsbezirken.

Anlage 7 zu Seite 18.

**Das Istaufkommen an Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer
im Rechnungsjahre 1926 nach Landesfinanzamtsbezirken.*)**

Laufende Nr.	Landesfinanzamt	Wohnbevölkerung am 16. Juni 1925	v. H. Anteil der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches	Einkommen- (einschl. Lohn-) und Körperschaftsteuer 1926		Absoluter Mehr- bzw. Minderanteil gegenüber dem v. H. Anteil der Bevölkerung (Sp. 4)	Das sind gegen-über dem Bevöl-kerungs-anteil in v. H. mehr oder weniger	Reihenfolge der Landesfinanzamtsbezirke gemäß Sp. 8 nach ihrem Anteil an der Einkommen- (einschl. Lohn-) und Körperschaftsteuer in 1926:	
				Summe	v. H. Anteil der Reichs-summe			Landesfinanzamt	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1	Berlin	4 024 165	6,45	434 855 029	16,50	+ 10,05	+ 156	Berlin	+ 156
2	Brandenburg .	2 654 161	4,25	69 148 039	2,62	- 1,63	- 38	Unterweser . .	+ 148
3	Breslau	3 159 174	5,06	85 207 549	3,23	- 1,83	- 36	Unterelbe . . .	+ 139
4	Darmstadt . . .	1 347 279	2,16	40 101 808	1,52	- 0,64	- 30	Leipzig	+ 53
5	Dresden	2 289 691	3,67	113 650 646	4,31	+ 0,64	+ 17	Rassel	+ 34
6	Düsseldorf . . .	3 866 119	6,19	198 608 164	7,54	+ 1,35	+ 22	Düsseldorf . . .	+ 22
7	Hannover	3 763 285	6,03	125 230 799	4,75	- 1,28	- 21	Dresden	+ 17
8	Karlsruhe	2 312 462	3,70	88 533 575	3,36	- 0,34	- 9	Stuttgart	- 3
9	Rassel	2 426 309	3,89	137 717 541	5,21	+ 1,32	+ 34	Karlsruhe	- 9
10	Köln	3 376 044	5,41	123 608 915	4,69	- 0,72	- 13	Köln	- 13
11	Königsberg . . .	2 256 349	3,62	30 812 173	1,17	- 2,45	- 68	Schlesw.-Holstein	- 15
12	Leipzig	2 702 629	4,33	174 673 953	6,63	+ 2,30	+ 53	Magdeburg . . .	- 16
13	Magdeburg . . .	3 550 231	5,69	125 527 212	4,76	- 0,93	- 16	Münster	- 19
14	Medlenb.-Vübed	959 779	1,54	27 999 782	1,06	- 0,48	- 31	Hannover	- 21
15	München	3 299 932	5,29	109 189 496	4,14	- 1,15	- 22	München	- 22
16	Münster	4 974 867	7,97	171 034 111	6,49	- 1,48	- 19	Thüringen . . .	- 22
17	Nürnberg	2 385 163	3,82	70 408 109	2,67	- 1,15	- 30	Oldenburg . . .	- 25
18	Oberschlesien . .	1 379 278	2,21	25 564 659	0,97	- 1,24	- 56	Darmstadt . . .	- 30
19	Oldenburg	467 432	0,75	14 764 303	0,50	- 0,19	- 25	Nürnberg	- 30
20	Schlesw.-Holstein	1 519 365	2,43	54 397 149	2,06	- 0,37	- 15	Medlenb.-Vübed	- 31
21	Stettin	2 122 678	3,40	46 863 110	1,78	- 1,62	- 48	Würzburg	- 31
22	Stuttgart	2 652 075	4,25	108 355 542	4,11	- 0,14	- 3	Breslau	- 36
23	Thüringen	1 736 284	2,78	57 417 226	2,18	- 0,60	- 22	Brandenburg . .	- 38
24	Unterelbe	1 152 523	1,85	116 576 750	4,42	+ 2,57	+ 139	Stettin	- 48
25	Unterweser . . .	338 846	0,54	35 442 272	1,34	+ 0,80	+ 148	Oberschlesien . .	- 56
26	Würzburg	1 694 499	2,72	49 988 632	1,89	- 0,83	- 31	Königsberg . . .	- 68
	Deutsches Reich	62410619	= 100	2635 676 544	= 100	-	-		-

*) Aus „Steuer und Wirtschaft“, Nr. 8, August 1928, 7. Jahrgang.

Da hier das Istaufkommen an Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuern zu Grunde gelegt ist, so sind diese Angaben nicht identisch mit dem „Volkseinkommen“ an sich, lassen aber deutlich das über der Freigrenze liegende und von der Steuer erfaßte Gesamteinkommen erkennen.

Steueraufkommen und Steuerrückstände
Oktober 1928 bis März 1929 nach Landesfinanzamtsbezirken.

Anlage 8 zu Seite 21.

Konkurse, Vergleichsverfahren und Zwangsversteigerungen
in Ober- und Niederschlesien 1927–1929.

Anlage 9 zu Seite 23.

Steueraufkommen und Steuerrückstände Oktober 1928 bis März 1929 nach Landesfinanzamtsbezirken *)

Landesfinanzamt	Zeitangabe	Steuer- aufkommen (in 1000 RM)	Rückstände (in 1000 RM)	Rückstände (in v. H. des Steuer- aufkommens)
Brandenburg	Okt.-Dez. 1928 . . .	30 445	17 197	56,48
	Jan.-März 1929 . .	30 727	17 370	56,53
Breslau	Okt.-Dez. 1928 . . .	35 185	19 212	54,60
	Jan.-März 1929 . .	37 411	18 977	50,72
Königsberg	Okt.-Dez. 1928 . . .	11 360	8 350	73,50
	Jan.-März 1929 . .	12 260	8 643	70,49
Oberschlesien	Okt.-Dez. 1928 . . .	12 709	6 386	50,25
	Jan.-März 1929 . .	12 701	7 177	56,50
Stettin	Okt.-Dez. 1928 . . .	16 983	8 824	51,95
	Jan.-März 1929 . .	18 227	8 960	49,15
Deutsches Reich	Jan.-März 1929 . .	1 088 150	464 580	43,50
	Okt.-Dez. 1928 . . .	1 191 174	477 630	40,10

*) Reichstagsdrucksache Nr. 1157 vom 22. 6. 1929.

An Einkommensteuer (ohne Abzug vom Arbeitslohn und Kapitalertrag), Körperschaftsteuer, Allgemeine Umsatzsteuer, Hersteller- und Kleinhandelssteuer, Vermögens-, Erbschafts- und Gesellschaftsteuer, Obligationsteuer, Wertpapier-, Börsenumsatz- und Wechselsteuer, Beförderungssteuer, sonstige Verkehrssteuern (Kraftfahrzeug-, Rennwett-, Lotterie- und Versicherungssteuer).

Konkurse, Vergleichsverfahren und Zwangsversteigerungen in Ober- und Niederschlesien 1927—1929. *)

In den Provinzen Nieder- und Oberschlesien betrugen während der Jahre 1927—1929 die Anträge auf Konkurse und sonstige Zwangsvollstreckungen (unter Ergänzung der noch fehlenden letzten beiden Monate 1929 um ein Fünftel der Summe der bisherigen Jahreszahlen 1929):

	Zwangs- versteigerung von unbeweglichen Gegenständen (K-Sachen)			Andere Anträge betr. Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen (M-Sachen)			Anträge auf Konkurs- eröffnung (N-Sachen)			Anträge auf Eröffnung des Vergleichs- verfahrens zur Abwendung des Konkurses (V. N.-Sachen)		
	1927	1928	1929	1927	1928	1929	1927	1928	1929	1927	1928	1929
Oberschlesien . . .	862	1 066	1 303	34 390	38 703	43 486	171	276	330	61	75	116
Niederschlesien . .	1 911	2 427	2 664	80 579	91 246	104 799	578	805	1 098	148	151	377

*) Nach Angaben des Oberlandesgerichts Breslau.

Steuereinnahmen und Dotationen der preußischen
Kommunen und Kommunalverbände 1927.

Anlage 10 zu Seite 24.

Steuereinnahmen u. Dotationen der preuß. Kommunen und Kommunalverbände.

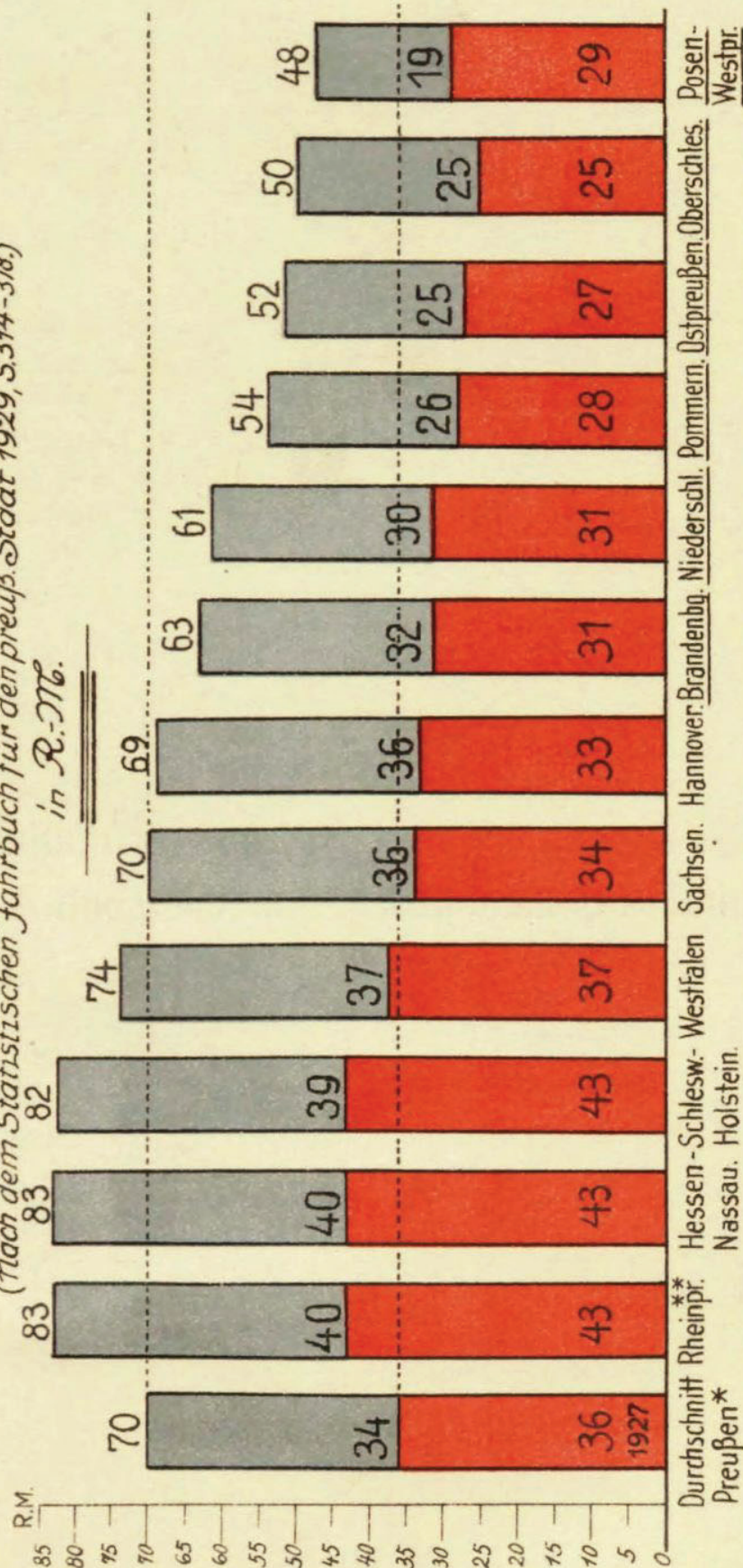
(Städte, Landgemeinden, Landkreise und Provinzialverbände)

im Rechnungsjahr 1927

auf den Kopf der Wohnbevölkerung

(Nach dem Statistischen Jahrbuch für den preuß. Staat 1929, S. 314-318.)

in R.M.



Gesamte Steuereinnahmen und Dotationen. = Überweisungen aus der Eink.-, Körpersch.-, Umsatz-, Grunderwerb-, Kraftfahrz., Hauszinssteuer u. den Dotationen, einschl. Gesellschaftssteuer. = Einnahmen aus den Besitzsteuern (ausschl. Hauszinssteuer), Verbrauch- u. Aufwandsteuern, Kreis- u. Provinz-Abgaben.

* ohne Saargebiet u. Berlin.

** ohne Saargebiet, einschl. Hohenzollern.

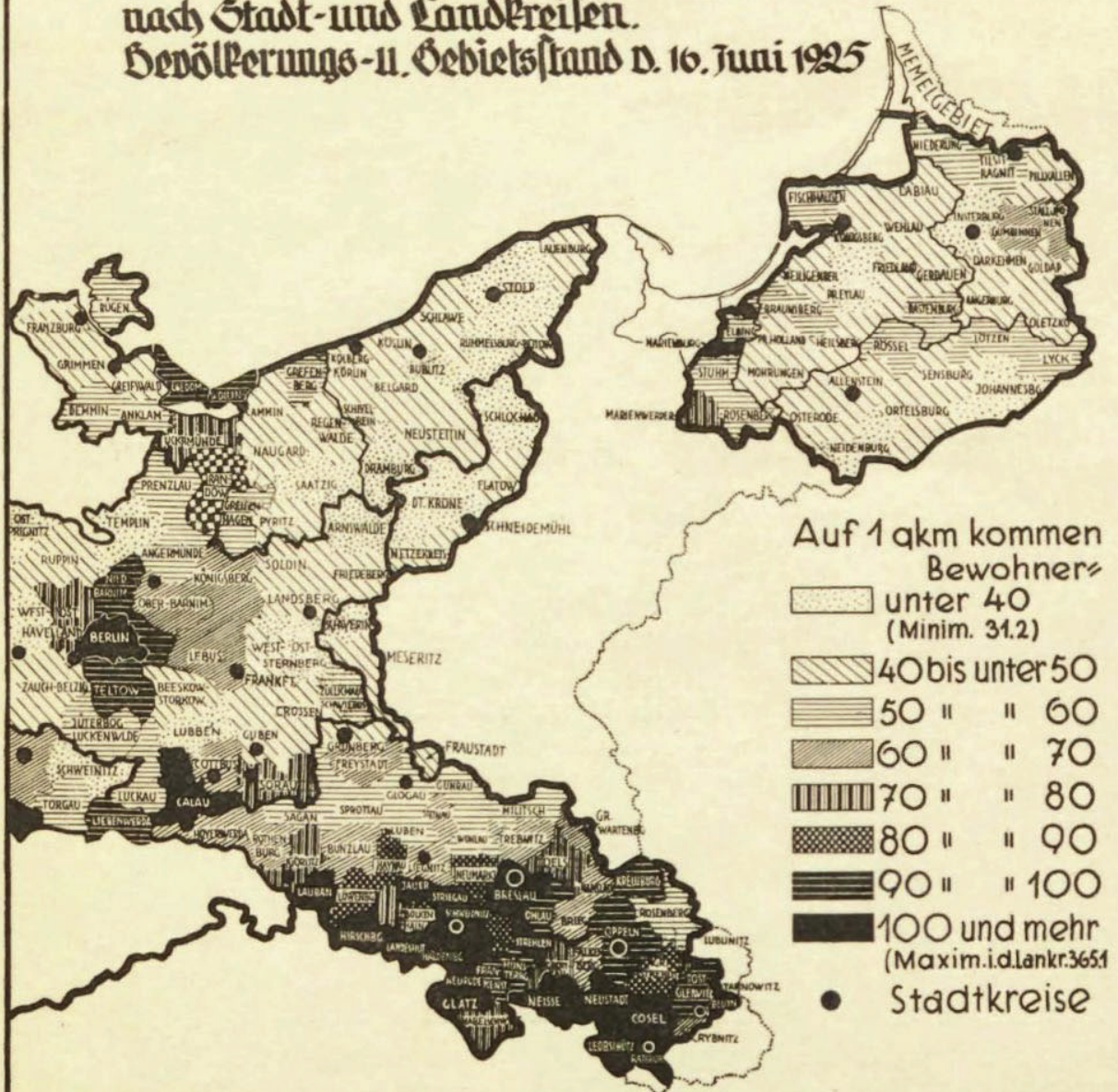
Bevölkerungsdichte in den sechs Ostprovinzen
nach Stadt- und Landkreisen
nach der letzten Volkszählung vom 16. Juni 1925

Anlage 11 zu Seite 28.

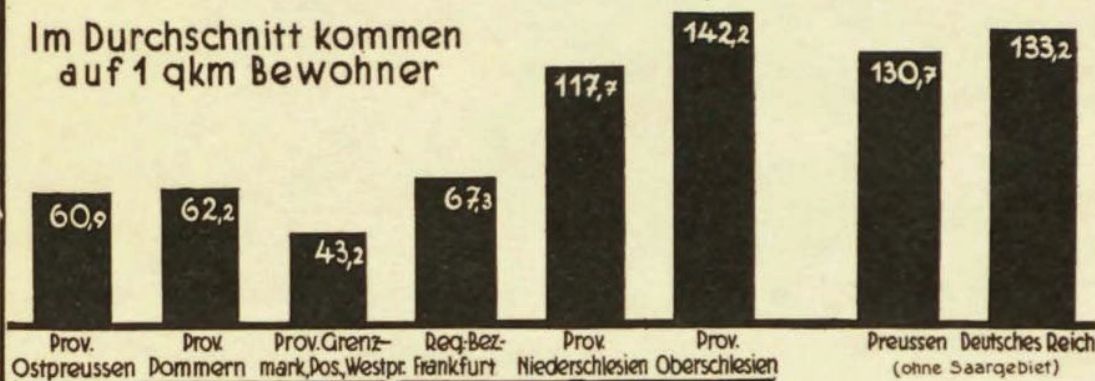
Bevölkerungsdichte in den sechs Ostprovinzen

nach Stadt- und Landkreisen.

Bevölkerungs- u. Gebietsstand d. 16. Juni 1925



Im Durchschnitt kommen
auf 1 qkm Bewohner



*

Im Auftrage der Ostprovinzen
gedruckt im
Landeshaus zu
Königsberg Pr.
1930.

*